

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,50 RM monatlich 1,10 RM
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
Bekannt für die festgesetzte Anzeigensätze
oder deren Raum 60 Pfg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.
Dienstag, den 19. Oktober 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die Serben auf der ganzen Front zum Rückzug gezwungen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den
18. Oktober 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Das in die feindliche Stellung weit vorspringende
Werk nordöstlich Vermeles wurde von den Engländern
wiederholt mit starken Kräften angegriffen.

Ein neuer feindlicher Vorstoß zur Wiedereroberung
der verlorenen Stellung südlich von Leintrey blieb erfolg-
los, kostete die Franzosen aber neben starken blutigen Ver-
lusten 3 Offiziere, 17 Unteroffiziere und 73 Jäger an Ge-
fangenen.

Am Schrammühle konnte der Feind im Angriff trotz
Einzuges einer erheblichen Menge von Munition keinen
Fuß breit Boden wiedergewinnen.

Deutsche Fluggeschwader griffen gestern die Festung
Welfort an, vertrieben die feindlichen Flieger und belegten
die Festung mit 80 Bomben, wodurch Brände hervor-
gerufen wurden.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.
Der Angriff südlich von Riga machte gute Fortschritte.
2 Offiziere, 280 Mann blieben als Gefangene in unserer
Hand.

Russische Angriffe westlich von Jakobstadt wurden ab-
gewiesen.

Westlich von Muzt bemächtigten wir uns in etwa
3 Kilometer Frontbreite der feindlichen Stellung.

Weiter südlich bis in die Gegend von Smorgon
wurden mehrfache, mit starken Kräften unternommene
russische Vorstöße unter starken Verlusten für den Gegner
zurückgeschlagen. Es wurden 2 Offiziere und 175 Mann
zu Gefangenen gemacht.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Ein russischer Angriff beiderseits der Bahn Pjaco-
witschi—Baranowitschi brach 400 Meter vor unserer Stellung
im Feuer zusammen.

Heeresgruppe des Generals v. Linlingen.
Am Styr-Flusse von Rafalowka bis Kulikowicz haben
sich neue örtliche Kämpfe entwickelt.

Balkanriegsschauplatz.

In der Macva beginnt der Feind zu weichen. Auf
dem Höhenlande südlich Belgrad sind unsere Truppen
im Vordringen gegen Cvetkov—Grob und den Ort Brein.
Südöstlich von Pojarevac sind Ml. Crnice und Bozevac
genommen. Bulgarische Truppen haben die Höhen des
Ruska—Percin und Babin—Zub besetzt. Weiter südlich
dringen sie über Egri Palanka vor.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 18. Oktober. (W. Z. B.) Amlich wird ver-
lautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

In Ostgalizien, an der Jzwa und im wolkynischen Festungs-
gebiete auch gestern keine besonderen Ereignisse. Am Komyn-
bach und am unteren Styr führte der Feind eine Reihe heftiger
Angriffe, bei Kolkawice, Nowosielki und Rafalowka wird noch
gekämpft. An allen anderen Punkten war der Gegner schon
gestern abend blutig abgewiesen. Seine Verluste sind groß;
am Komyn räumte er in voller Auflösung unter Zurücklassung von
Gewehren und Rüstungsstücken das Gesechtsefeld. Auch die an
der oberen Szczara stehenden I. und I. Streikräfte schlugen einen
pärfertigen russischen Vorstoß ab.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Isonzofront entwickeln die Italiener wieder eine leb-
haftere Tätigkeit. Es kam auch gestern abend im Nordwest-
abschnitt des Plateaus von Oberbo bei Pelsans zu heftigeren
Kämpfen. Starke italienische Infanterie griff neuerdings unsere
dortigen Stellungen an, gelangte teilweise bis nahe an die
Hindernisse heran und wurde schließlich unter schweren Verlusten
zurückgejagt. Somit im Küstenlande sowie im Tiroler Grenz-
gebiete Gesechtskämpfe.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die im Aivalagebiet geschlagenen serbischen Divisionen weichen
beiderseits der nach Süden führenden Straße zurück. Unsere
Truppen befinden sich im Angriff auf die noch nördlich der Rajka
stehenden feindlichen Abteilungen. Auch in der Macva wurde der
Gegner zum Rückzug gezwungen. Beiderseits der unteren
Morawa gewannen die deutschen Divisionen abermals Raum.
Die Bulgaren haben die Höhen des Ruska—Percin und des
Babin—Zub besetzt. Weiter südlich dringen sie über Egri
Palanka vor.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Vom Balkan.

Die bulgarische Offensive.

Sofia, 18. Oktober. (W. Z. B.) Dem Bericht des bul-
garischen Großen Generalstabs vom 15. Oktober ist
folgendes zu entnehmen: In Mazedonien schreitet unser Vor-
dringen gegen die obere Trejalinica fort. Unsere Truppen er-
reichten die Linie Drancjac—Sulabolac, die Berggegend von
Rawla und Golak Planina. Unsere Truppen eroberten Jarenoselo,
Pehitschewo und Berova. Auf dem westlichen Abhang des großen
Balkans erreichten unsere Truppen die Linie Rosoforto—Zidinac—
Kupuznica—Kobnoduse—Tscherni Brh. Unsere Truppen be-
setzten im Koravatale das strategisch wichtige Branja Glava.

Lyon, 17. Oktober. (W. Z. B.) „Progès“ meldet aus Nisch:
Die bulgarische Offensive erfolgte auf mindestens 250
Kilometer Front längs der bulgarischen Grenze. Im Norden be-
ginnt die Offensive im Timokal, folgt der Eisenbahnlinie Donau—
Piro, streift das Pirogebiet, nähert sich der Linie Nisch—Medkub,
kehrt zur früheren mazedonischen Grenze zurück und setzt sich bis
ins Gebiet von Strumitza fort.

Lyon, 17. Oktober. (W. Z. B.) „Republicain“ meldet aus
Athen: Nach Berichten aus Nisch griffen 40 000 Bulgaren mit
harter Artillerie bei Balandowo an. Der Kampf dauert an.

Beginn der französisch-bulgarischen
Feindseligkeiten.

London, 18. Oktober. (W. Z. B.) Das Reutersche Bureau
meldet aus Athen: Die französischen Truppen haben in
Mazedonien ihre Feuerkräfte bei der Bahnbrücke zwischen
Dubowe und Balandowo erhalten, wo sie von den Bulgaren an-
gegriffen wurden. Das Gefecht dauert an. Die bulgarische
Artillerie beschießt Balandowo, das heftig Widerstand leistet.

Griechenland und der Vierverband.

Kopenhagen, 18. Oktober. (W. Z. B.) Politiken meldet aus
Petersburg: Ein finanzielles Uebereinkommen
zwischen den Alliierten und Griechenland be-
treffend die Gewährung eines Darlehens von 500 Millionen
Drachmen unter sehr günstigen Bedingungen wurde vor dem
Ministerwechsel abgeschlossen und wird durch diesen in keiner
Weise verändert. Griechenlands Verpflichtungen sowie die Ver-
sprechungen der Alliierten bleiben dieselben. In den diplomatischen
Kreisen der Alliierten hat man deshalb eine sehr optimistische
Auffassung über die griechische Krise. Als Beweis für die Be-
rechtigung des Optimismus weist man auf die kürzlich erfolgte
Unterredung zwischen Venizelos und Jaimis hin, die zugunsten
der Alliierten geendet habe.

Paris, 17. Oktober. (W. Z. B.) Venizelos erklärte dem
Berichterstatter des „Matin“: Sagen Sie Ihren Lesern in Frank-
reich, daß niemand glücklicher als ich den baldigen endgültigen
Erfolg der Verbündeten ersehnt, daß niemand von ihrem End-
triumph überzeugter ist als ich.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 18. Oktober. (W. Z. B.) Das Haupt-
quartier teilt mit: An der Dardanellenfront bei
Anafarta außer Scharmüheln zwischen Aufklärungsabteilungen
und ausstehendem Artilleriegeschütz nichts von Bedeutung.
Bei Kriburum brachten unsere Küstenbatterien feindliche Tor-
pedoboote, die eine Zeitlang wirkungslos unsere Stellungen
beschossen hatten, zum Schweigen. Wir sprengten eine Mine,
die der Feind bei Banli Tepe gegraben hatte. Bei Sedd ul
Bahr schoß der Feind am 16. Oktober in 24 Stunden mehr
als 1000 Granaten ab, ohne irgendeine Wirkung zu erzielen.
Sonst nichts von Bedeutung.

Höchstpreise für Butter.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat einen Höchst-
preis für Butter festgesetzt. Das Pfund bester Ware darf
nicht mehr als 2,50 M. kosten. Für mindere Qualitäten
müssen Preisabschläge von den Veräußern bewilligt werden.
Händler, welche Butter zur Erzielung übermäßiger Gewinne
zurückhalten, werden mit schweren Geld- und Freiheitsstrafen
bedroht.

Die neue Verordnung, die schon am Sonntag in Kraft
getreten ist, war dringend notwendig. Maßnahmen gegen die
Not an Fett waren dringend geboten.

Der Höchstpreis ist etwas unter den vom Kleinhandel
leithin geforderten Preisen festgesetzt worden. Er ist aber
bedeutend höher als der vom Münchener Generalkommando
bestimmte, welcher nur zwei Mark beträgt. Und das,
obwohl Berlin, weit nach Osten hin gelegen, eine weit-
reichende, fast nur landwirtschaftlich tätige Umgebung hat!
Vielleicht hat sich das Oberkommando von der Sorge leiten
lassen, daß bei Festsetzung zu niedriger lokaler Höchstpreise die
Butter auf günstigere Märkte geführt wird, wo sich schranken-
lose Profitgier ungehemmt austoben kann. Aber dann ist es
Aufgabe des Reiches, durch Festsetzung allgemeiner
niedriger Höchstpreise den Willen der Händler zum
Wohlstand rückwärts zu brechen!

Die Strafdrohungen gegen wucherische Händler werden,
so fürchten wir, von geringem Erfolg sein. Das ist ange-
messener, was unangemessener Gewinn, der zum unter-
scheidenden Merkmal des realen Handels und des Waren-
wuchers geworden ist? Jedes Gewerbe hat infolge der
Ungleichheit des Risikos einen anderen angemessenen Gewinn.
Die kommunalen Preisprüfungsstellen sind im Entstehen und
werden bei dem so empfindlichen Mangel an Beamten viel
zu lange für ihre Untersuchungen der Preisbildung
brauchen, als daß sie augenblicklichen Erfolg erzielen könnten.
Der augenblickliche Erfolg ist aber nötig.

Die Verordnung will die Händler treffen, die zum
Zweck übermäßigen Gewinnes Butter aus dem Handel
ziehen und einlagern. Befiehlt, es ließe sich der übermäßige
Gewinn fassen, so trafe die Strafdrohung einen Latbestand,
der sich sehr schwer nachweisen läßt. Der Händler, der
Butter eingelagert hat, leugnet selbstverständlich jede Ab-
sicht einer Preissteigerung, beruft sich auf die Tatsache,
daß alljährlich große Buttermengen für den Winter in Kühl-
häusern eingelagert werden, und erklärt sich als Wohltäter
der leidenden Menschheit, dessen einziges Ziel die Lieferung
von Butter für spätere Zeit ist, wo die Milchherzeugung
infolge ausschließlicher Stallwirtschaft bei Knappheit an Kraft-
futtermitteln weiter nachläßt.

Die Regelung des Verkehrs mit Butter gehört zu den
schwierigsten Problemen der Lebensmittelversorgung, ist aber
um so dringender, als Schweinefleisch und Margarine
teuer und selten sind. Gelegentlich ist Schweinefleisch
schon teurer als Butter geworden. Margarine ist selten und
verliert an Qualität. In dem von Professor Dr. A. Köhlig
erstatteten Bericht über die Tätigkeit der Chemischen Unter-
suchungsanstalt der Stadt Leipzig für das Jahr 1914 — sei-
her nahmen alle Liebel an Intensität wohl noch zu — heißt
es: „Als beachtenswerte Erscheinung mag vermerkt werden,
daß in Leipzig das Unmögliche zur Wirklichkeit wurde, daß
zu gewisser Zeit reine Butter billiger zu kaufen war als
Schweinefett. Es kann daher nicht überraschen, wenn auch
Margarine und Kunstspeisefett im Preise erheblich stiegen.
Dah bei der herrschenden Fettnot auch
minderwertige Fette und Öle, die sonst
sicher niemals verwendet worden wären, mit
verarbeitet wurden, bewiesen viele ein-
gelaufene Beschwerden von Seiten des
laufenden Publikums, dem teils das Neuhere,
teils der Geschmack des angebotenen Fettes
nicht ohne Grund mißfiel.“ Es ist schlimm, wenn
Surrogate verwendet werden müssen, am schlimmsten, wenn
schlechte Surrogate mangels etwas Besserem gekauft
werden müssen.

Ein zwingendes Ruf besteht. Ohne Fett, dem Energie-
und Wärmespender, kann der Mensch nicht bestehen, am wenigsten
der schwer Arbeitende.

Der Mangel an anderen Fetten verschärft die Butternot,
die im Augenblick so schwer zu beseitigen ist, weil nicht nur
ein staatlicher Eingriff in die inländische Produktion auf die
stärksten Widerstände stößt, sondern weil Deutschland in der
Butterversorgung vom Ausland abhängig ist, das sich nicht
zwingen läßt. Von dem Gesamtbedarf Deutschlands in der
ungefähren Höhe von 450 000 Tonnen werden etwa 55 000
Tonnen von Rußland, Holland und Dänemark gedeckt. Der
Hauptlieferant Rußland scheidet von vornherein aus. Der
Bezug aus den skandinavischen Ländern und den Niederlanden
ist durch die hohen Preise gehemmt, die in jenen Produktions-

geben, wo das Angebot und Nachfrage durch den Willen der deutschen Regierung nicht reguliert werden können, bewilligt werden müssen. Doch verschärfen zwei Umstände die Schwierigkeiten des Butterimportes: Einmal bereifen die deutschen Käufer die Produktionsgebiete, von dem einzigen Wunsch befreit, um jeden Preis Butter zu kaufen. Sie überbieten sich und treiben im Wettbewerb um die Ware die Preise in schwindelnde Höhe. Die Zentralisierung des Einkaufs würde diese unerwünschte Begleiterscheinung des heutigen Imports wenigstens ein wenig einschränken. Dann rächt sich heute die Hochschulpolitik. Dänemark und Holland wollen nicht auf Kriegszeit in Deutschland einen zahlungswilligen Käufer gewinnen, um dafür durch Brückierung der Engländer den dauernd offenen britischen Markt zu verlieren. Wie sehr durch die Notwendigkeit, haben die Zölle die Selbstversorgung Deutschlands nicht gesichert und zum Ueberdruß die landwirtschaftlichen Produzenten in den Balkanstaaten sowohl wie in den skandinavischen Ländern gewaltsam vom englischen Absatzmarkt abhängig gemacht.

Im Inlande empfehlen sich: allgemeine Festsetzung lokaler Höchstpreise für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Bildung von Zwangsvereinigungen für Erzeugung und Aufbewahrung der Butter unter öffentlicher Kontrolle, Einwirkung auf die Erzeuger durch die Futtermittelverteilung, die ja bereits öffentlich-rechtlich geregelt ist.

Doch eines tut vor allem not: Eile! Der zweite Kriegswinter naht und wird das deutsche Volk auf die härtesten Proben stellen. Jede Verschärfung dieser Leiden, ja auch nur jedes Versäumnis in ihrer Milderung ist folgen schwer.

Weitere Butterhöchstpreise.

Bezüglich wie für Berlin sind auch von anderen Militärbehörden Butterhöchstpreise festgesetzt worden. Für den Korpsbezirk des 3. Armee-Korps (Hannover) beträgt der Höchstpreis 2,80 Mk. Vom General-Kommando des neunten Armee-Korps wurde der Preis für die Städte Hamburg, Lübeck, Altona und Wandsbek auf 2,60 Mk. bemessen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 17. Oktober. (W. L. V.) Amtlicher Nachmittagsbericht. Im Artois eroberten wir gestern Abend eine starke Barrikade südlich Neuville Saint Vaast. Wir behaupteten uns dort, nachdem wir im Laufe der Nacht zwei Gegenangriffe zurückgeschlagen hatten. Im Abschnitt Ribon gegenseitiges heftiges Bombardement. Auf der Aisnefront, in der Champagne und in den Argonnen kein Zwischenfall. In Lothringen gewannen wir in hartnäckigen Kämpfen noch hundert Meter Schützengräben nördlich Reillon. Unsere Flugzeuge bombardierten im Laufe der Nacht vom 15. zum 16. Oktober die Versprohantierungszentren Mailzieres, Abouange und Wagnhof Avricourt.

An den Dardanelles war die erste Oktoberhälfte ruhig. Versuche der Türken, sich unseren Schützengräben mit Minen zu nähern, wurden durch Explosion unserer Gegenminen angehalten. Türkische Artillerie war tätig, aber dank der Ueberlegenheit unserer Batterien nicht wirksam. Unsere Flugzeuge bombardierten täglich mit Erfolg verschiedene Anlagen und feindliche Lager.

Paris, 18. Oktober. (W. L. V.) Amtlicher Bericht von gestern Abend. Die heftigen Artilleriekämpfe dauerten vor Loos, im Bois en Dache und westlich Souchez an. Wir festigten und verbreiterten unsere Stellungen im Walde von Bivensy. An der Aisne werden in der Umgebung von Godat Kämpfe mit Handgranaten gemeldet. In der Champagne andauernd hartes gegenseitiges Bombardement, besonders im Gebiet von Tahure. Auf der Lothringer Front erwiderten wir die feindliche Kanonade energisch durch wirksames Feuer, welches mehrere Brände in den deutschen Linien bei Veintrey, Amenoncourt und Gondrevon verursachte. Heftige, wiederholte deutsche Gegenangriffe gegen unsere Stellungen nördlich Reillon wurden durch unser Sperrfeuer angehalten. Da der Feind kürzlich noch Luftbombardements gegen englische Städte ausführte und da gestern eines seiner Flugzeuge Nancy mit zwei Bomben belegte, bombardierte eine Gruppe der unsrigen heute die Stadt Trier, auf welche sie dreißig Granaten warf.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 18. Oktober. (W. L. V.) Amtlicher Bericht vom 17. Oktober:

Südlich Riga griff der Feind nach Artilleriebereiterung den Bahnhof Garoffen (18 Kilometer südlich Riga) an und besetzte ihn. Unser Gegenangriff folgte sofort dem Angriff der Deutschen. Der zurückgeroberte Bahnhof Garoffen wurde von uns wieder besetzt. Bei Groß-Solau machten die Deutschen mehrere Angriffe und warfen unsere Truppen gegen den Fluß Jancow zurück. In der Gegend des Bahnhofs Reugut, südlich Riga, entspann sich ein Kampf. Unsere Flugzeuge warfen im Laufe des Tages mehrere Dutzend Bomben auf Flüge und Schuppen hinter der feindlichen Front. Bei Jakobstadt Artillerie- und Gewehrfeuer. In Gegend Dvinsk dauern heftige Angriffe des Feindes an. Vier Angriffe wurden im Laufe des Tages bei Schloßberg, westlich Ilust, abgeschlagen. Ebenso bei dem Dorfe Patschilina (5 Kilometer südlich Ilust) wurden Angriffe zurückgeschlagen. Gestern Morgen griff der Feind nach heftigem Feuer bei dem Dorfe Chogowaja, nördlich des Swenten-Sees an (4 Kilometer). Die Bewegung unserer Truppen wurde planmäßig durchgeführt. Wir fielen den Deutschen in den Rücken, griffen sie an, schnitten einen Teil ab und nahmen ihn gefangen. Alle Angriffe wurden leicht abgewiesen. Alle Führer melden, daß das Schlachtfeld vor den verlassenem Gräben mit deutschen Leichen bedeckt ist. Auf der Front zwischen dem Demmen-See und Dryswjath-See dauert der Kampf an. Die Deutschen leisteten bei Krullischki und Gatani (5 und 4 Kilometer nördlich des Dryswjath-Sees) hartnäckigen Widerstand. Beim Dorfe Ulsje, am Südwestufer des Wolgostoj-Sees, drangen unsere Truppen in die feindliche Linie ein und überschritten dort die Dryswjata. Bei dem Dorfe Kullikowice, stromaufwärts Chortopol (11 Kilometer) nahmen unsere Truppen gestern feindliche Schützengräben ein. Die folgenden Gegenangriffe waren ohne Erfolg. Gestern eroberten wir auch eine feindliche Stellung bei Karpiowia westlich Deragno (15 Kilometer).

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 17. Oktober. (W. L. V.) Kriegsbericht von heute Abend: Durch eine kühne, gut geführte Operation stärkten unsere Truppen die besetzte Stellung Pregalina, einen wichtigen vorgehobenen Punkt der Festigungsgruppe von Riva in der bairischen Bergzone westlich des Gardasees. Der Kampf begann in der Nacht vom 13. Während auf dem Ufer unsere Abteilungen von den Felsenhöhen aus demonstrierend vorrückten, gingen auf dem Westufer die zum Angriff bestimmten Truppen entschlossen gegen Pregalina vor. Sie vermochten trotz der Geländeschwierig-

keiten, den ungünstigen Witterungsverhältnissen und dem heftigen Feuer der mächtigen Batterien und Werke von Riva bis zu den feindlichen Schützengräben zu gelangen. In der Nacht näherten sich unsere kühnen Pelotons, begünstigt durch Nebel, den Drahtverhaken, in die sie breite Breschen schlugen. Am Morgen des 15. Oktober nahmen unsere Truppen unter einer heftigen Beschädigung des Feindes mit Gewehren, Geschützen und Stüchomben den Angriff wieder auf, eroberten Pregalina und rüdten siegreich auf den Höhen vor, welche das Tal von Ledrom von Norden beherrschen, wo sie sich festsetzten. Auf der übrigen Front kein wichtiges Ereignis. Cadorna.

Auf eine Mine geraten.

Amsterd., 18. Oktober. (W. L. V.) „Handelsblad“ meldet aus Hoel van Holland: Der Fischlogger Sch. 181 ist auf eine Mine gelaufen und gesunken. Neun Personen sind gerettet worden.

Englische Darstellung des letzten Zeppelin-Angriffs auf London.

London, 18. Oktober. (W. L. V.) Das Prehbureau veröffentlicht einen vom Ministerium des Innern aufgestellten Bericht über den durch den Zeppelinangriff vom 18. Oktober angerichteten Schaden. Es heißt darin: Die Verbunkelung der Hauptstadt und die Höhe, in der die Zeppeline flogen, verhinderte sie, wichtige Ziellichkeiten zu finden wie das letzte Mal. Aus dem Berliner amtlichen Bericht geht hervor, daß die Flieger über die Mäde, die sie mit Bomben belegten, im Irrtum sind. Wenn sie ein anderes Ziel verfolgten, als auf gut Glück Nichtkämpfer zu töten und Eigentum zu verwüsten, so mißlang die Absicht vollständig. Mit einer Ausnahme wurden nur Bauten beschädigt, die mit dem Kriege nichts zu tun haben. Die 127 Personen, die getötet und verwundet wurden, sind außer zwei Soldaten, die auf der Straße getroffen wurden, alle Zivilisten.

Infolge der frühen Stunde wurde die Anwesenheit des Feindes von viel mehr Personen bemerkt als bei früheren Gelegenheiten. Hunderte und Tausende, die die Bomben hörten, blieben ruhig. Man regte sich womöglich noch weniger auf als bei früheren Gelegenheiten. Die amtliche Warnung, Zufluchtstätten aufzusuchen, wurde besser beachtet. Sobald die Luftschiffe fort waren, hörte die Beschädigung auf. Die meisten, die nur die Beschädigung abwarteten, gingen zu Bett, ohne sich viel um einen neuerlichen Angriff zu kümmern. In den Theatern, wo das Schrecken und die Explosionen gehört wurden, entstand keine Panik.

In 5 Distrikten wurde Schaden angerichtet. In dem ersten wurden Wohnhäuser wenig beschädigt, und nur einige große Läden haben gelitten. Die Straßen sind hier drei. Vier Bomben fielen auf die Straßen, eine fünfte fiel in den Hinterhof eines großen Gebäudes, in dem sich viele Menschen befanden. Eine Bombe drang in einen Tunnel mit den Hauptleitungen für Gas und Wasser. Es entstand ein Brand, der zwar keinen großen Umfang annahm, aber mehrere Stunden dauerte. Durch diese Bombe wurden die Häuser im Umkreise ernstlich beschädigt und alle Fenster ringsumher zertrümmert. Die Getöteten waren entweder auf der Straße getroffen worden, oder hatten sich in den zweiten Stockwerken befunden. Eine starke Bombe fiel in den Garten eines großen Miethäuserblocks. Mehrere Zimmer des Erdgeschosses wurden völlig zerstört, und auch im ersten Stock wurde großer Schaden angerichtet. Eine andere Bombe fiel auf einen anderen Häuserblock und zerstörte das oberste Stockwerk. Unfälle sind hier nicht vorgekommen, obwohl einige Personen nur mit knapper Not der Gefahr entronnen sind. Im dritten Bezirk wurden zwei Geschäftshäuser beschädigt, die aus Eisenbeton gebaut waren. Eine Bombe fiel auf das Dach, richtete aber wenig Schaden an. Eine andere explodierte vor dem Eingang. Der größte Schaden wurde hier an den Fenstern und Wänden und den gegenüberliegenden Häusern angerichtet.

Die dritte Bombe fiel auf das Dach eines kleinen alten Hotels. Die obersten drei Stockwerke wurden gänzlich zerstört. Die Bewohner waren aber bereits nach den tiefer gelegenen Stockwerken geflüchtet und blieben unversehrt. Der vierte Distrikt ist ein armes Arbeiterviertel. In den meisten Häusern wohnt eine große Zahl Menschen. Hier wurden mehr Bomben gemorfen als anderswo. Der Schaden traf ausschließlich kleine Geschäftskente und arme Familien, die den größten Mut an den Tag legten. Eine Gruppe kleiner Häuser wurde durch eine einzige Bombe ganz vernichtet. Eine Bombe fiel auf einen Aushäuser. Eine Kuh wurde getötet, das Haus des Besitzers des Stalles schwer beschädigt. Der fünfte Distrikt war eine Vorstadt, wo sich keine einzige Fabrik, kein Magazin befindet, nur einige Läden. Unglücksfälle wurden hier sehr viele Bomben geworfen. Es war wohl Schnellfeuer beabsichtigt. Das Bombardement dauerte mehr als eine Minute. Die erste und letzte Bombe lagen nur 600 Yards voneinander entfernt. Fünf Bomben fielen im Abstand von 60 Yards nieder, drei in einen kleinen Garten. Nur drei Häuser wurden wirklich getroffen. Die Explosion war kräftig genug, um die Häuser selbst auf großem Abstand zu zerstören. Hier wurde viel Schaden angerichtet. Viele Personen sind tot oder verwundet.

Mißvergnügen mit der

Vierverbands-Diplomatie.

Clemenceau, der französische Politiker, der, von Gustav Hervé abgesehen, die französische Regierung zurzeit am rückhaltlosesten kritisiert, nennt in einem seiner jüngsten Artikel die Unzureichlichkeit des Kennzeichens der Lage, und er macht es den amtlichen Stellen zum Vorwurf, daß sie nichts tun, um mehr Klarheit zu verbreiten. In der Tat haben weder Viviani in Paris noch Sir Edward Grey in London in ihren jüngsten Reden besonderen Aufschluß gegeben. Aber was sollten sie schließlich sagen? Das Ungünstige war allgemein bekannt und Günstiges hatten sie nicht vorzubringen. So mußten sie sich auf allgemeine Wendungen beschränken, die bei dem englischen Minister seinem Temperament entsprechend noch etwas nüchterner und vielleicht sogar pessimistischer ausfielen als bei seinem französischen Kollegen. Was das rein Militärische angeht, war ihnen ohnehin die Junge schon im Hinblick auf die gespitzen Ohren der Gegner gebunden, und wir nehmen an, daß die Londoner „Nation“ selbst nicht eine Antwort erpartet, wenn sie mit einem Dutzend Fragen auf die Regierungen der Entente einströmt.

Die brennendste unter den Fragen der „Nation“ ist die nach dem Verhalten Italiens. Man erinnert sich, daß Viviani in der Kammer von diesem Bundesgenossen schwieg und daß er erst am folgenden Tage im Senat die Erklärung abgab, daß Italien die Aktion der Alliierten auf dem Balkan unterstützen werde. Aber mit dieser Unterstützung ist es ein eigenartiges Ding, und während ein Pariser Blatt aus dem Munde eines geheimnisvollen Staatsmannes die frohe Kunde vernommen haben will, daß Italien ein Expeditionskorps von 150 000 Mann zur Verfügung stellen werde, lauten die Stimmen der italienischen Presse sehr viel weniger günstig. So behandelt das „Giornale d'Italia“ in einem Artikel das Fernbleiben Italiens von den neuen Kriegsschauplätzen wie eine ungemachte Sache, und die Mitteilungen über die Beschlüsse des jüngsten Ministerrats stehen zum mindesten nicht mit der Auffassung im Widerspruch, daß Italien seine Verbündeten nur indirekt, d. h. durch eine angeblich verstärkte Offensive an seiner Nordwestgrenze unterstützen wird. Jedenfalls erfreut sich Italien jetzt weder in Paris noch in London großer Sympathien, und ärgerlich fragt man nach den

Ursachen seiner Zurückhaltung. Daß Serbien die Hilfe dieser Anwärter auf die ganze adriatische Ostküste nicht gern sehen würde, wird nirgendwo als stichhaltiger Grund angesehen. Auch die Wechselsucht, man dürfe das Italiens Ansprüche in Albanien und Kleinasien mit eifersüchtigen Augen verfolgende Griechen-Land nicht reizen, will niemand recht gelten lassen, und so kommen allerlei der römischen Regierung ungünstigere Vermutungen auf, die durch gewisse Andeutungen in der italienischen und in der neutralen Presse Nahrung erhalten. So wird erzählt, daß Italien es unter allen Umständen vermeiden wolle, seine Truppen gegen die Truppen Deutschlands zu senden, mit dem es sich bekanntlich noch nicht im Kriege befindet; so will man erfahren haben, daß die Zensur böse Worte gegen das Deutsche Reich nicht zulasse, und so rount man sich zu, daß die Kriegsbereitigung auf der apenninischen Halbinsel auch unter den ehemaligen Kriegshebern sehr stark abgeklaut sei.

Wie dem aber auch sei, daß Mißvergnügen in Paris und London — von Petersburg gar nicht zu reden — ist beargwöhnlich, und nicht minder läßt es sich namentlich verstehen, wenn man jetzt anfängt, nach den Schuldigen im eigenen Lande und draußen zu sehen. Soweit England in Frage kommt, rückt dabei die Person Grey sehr stark in den Vordergrund, und hier und da heißt es, daß er bald Herrn DeLassé folgen werde. Diese Nachrichten beruhen vorläufig auf Kombinationen, aber es ist zu beachten, daß nach Greys jüngstem Auftreten im Unterhaus selbst Blätter, die den Minister noch vor acht Tagen gegen die „Times“ und ähnliche Organe verteidigten, von ihm abzurücken beginnen. Wenn schon ein „Manchester Guardian“, der führenden Zeitung der Liberalen, die Rede Greys eine große Enttäuschung nennt, so ist das ein böses Symptom. Verliert der Minister des Auswärtigen den Rückhalt an den Liberalen, dann geht es mit ihm zu Ende, da die Konservativen ihn schon deswegen beseitigen wollen, weil er zu den Gegnern der allgemeinen Wehrpflicht gehört.

Ein vorgegriffenes Urteil der „Deutschen Tageszeitung“ über Grey verdient Erwähnung:

„Der als selbstverständlich erhobene Anspruch auf die Rolle uneingeschränkter autoritativer Entscheidung in allen Angelegenheiten der europäischen Großmächte war nicht persönliche Politik Greys, sondern bildet die überlieferte und feste Grundlage aller großbritannischen Politik seit langer Zeit. Sie ist den in England führenden Personen etwas vollkommen Selbstverständliches; ob Regierungspartei oder Opposition, ist dabei ganz gleichgültig.“

Der Zweck dieser geringen Einschätzung des Greyschen Einflusses ist der, dem deutschen Volke klarzumachen, daß es auch nach einer Verabschiedung dieses so viel gefeierten Staatsmannes in seiner Gegnerschaft gegen England nicht ermaten dürfe und nach wie vor die „Sicherheiten“ fordern müsse, auf die es Anspruch habe. Aber davon abgesehen, hat die „Deutsche Tageszeitung“ sicher recht mit der Annahme, daß Grey im Guten und Schlechten, besonders im Schlechten stark überschätzt worden ist. Nur trägt sie selbst an dieser falschen Bewertung einen großen Teil der Schuld.

Parlamentsherrschaft oder Militärdiktatur?

Auch die „Sozialisten“ Englands, die die „nationale Verteidigung“ und den Kampf gegen den deutschen Militarismus auf ihre Fahne geschrieben haben, denken keineswegs daran, der gegenwärtigen englischen Regierung blindes Vertrauen zu schenken. Selbst die Aufnahme eines Arbeitervertreters (Henderson) ins englische Kabinett hindert sie nicht daran, ohne Rücksicht auf den „Burgfrieden“ dem Kabinett geradezu den Kampf anzusagen und eine weitgehende parlamentarische Kontrolle zu fordern. So veröffentlicht die „Morning Post“ vom 13. Oktober unter der Ueberschrift „Die Pflicht des Parlamentes“ folgende Zuschrift des Sekretärs des sozialistischen nationalen Verteidigungsausschusses, Victor Fisher: „Das Parlament tritt unter für die Nation und das Reich sehr ersten Umständen zusammen. Unter dem System der Kontrolle durch das Kabinett ist das Abgeordnetenhaus geknebelt und gebunden. Es kann nicht einmal seine entscheidende Aufgabe der Kritik erfüllen, da man ihm nicht gestattet, die Tatsachen zu kennen.“

Es bestanden beträchtliche Schwierigkeiten mit den unbedeutenden (?) Teilsinnungen der Arbeiterbewegung, die von Ramsay MacDonald in einer pazifistischen und deutschfreundlichen Politik geleitet wurden. Laßt uns Sorge tragen, daß nicht eine weit ernstere Schwierigkeit aus den durchaus patriotischen und nationalgesinnten Massen des Volkes heraus entsteht, wenn sie begreifen, in welche Gefahr das Land durch die unfähige Leitung und Verwaltung gebracht worden ist. Die Massen werden nicht mit einem stummen und folglosen Parlament zufriedensein.

Das Parlament, die höchste Regierungsbehörde im Reich, muß sich aufrufen. Die Kontrolle des Parlamentes durch das Kabinett muß aufhören. Diese Kritik, zu einer Zeit, wo das Kabinett keine allgemeine Wahl erzwingen kann, ist der Augenblick, den wir benutzen sollten, um eine so heilsame Parlamentsrevolution durchzuführen. Parlamentsschlüsse müssen ohne Verzug eingesetzt werden, und zwar sollen sie alle Parteien des Hauses einschließen und absolute Vollmachten haben, mit den verschiedenen Ministerien zu verkehren und, wo nötig, die Minister zu entlassen und sogar unter Anklage zu stellen.

Ich bin überzeugt, daß dies und nur dies allein dem Lande das nötige Vertrauen zu seiner Regierung geben wird, daß es die Parlamentsrichtung verteidigt und unsere Demokratie etwas weniger schattenhaft machen wird, als es heute der Fall ist. Wenn das Parlament in dieser Krise unfähig ist, auf diese Weise seine Autorität zu verteidigen, befinden wir uns der Notwendigkeit einer Militärdiktatur gegenüber, denn eins ist sicher: mit den jetzigen Methoden ist ein Arbeiten unmöglich.“

Gegen den Burgfrieden in Frankreich.

Wir lesen im Züricher „Volksrecht“: Wir haben am Mittwoch von dem förmlichen Ultimatum berichtet, das eine starke Minderheit des Präsidiums des Senats dem sozialistischen Ministern Frankreichs stellen wollte, welcher Antrag dann gegenüber einem anderen unterlag, in dem die gleichen Forderungen gestellt waren, nur ohne den Charakter des Ultimatum. Aus dem Protokoll der Verhandlungen jener Sitzung geht hervor, welche heftige Erörterung bei der Mehrheit über die Burgfriedenspolitik herrschte. Es fielen von dieser Seite außerordentlich scharfe Worte. So erklärte der Abgeordnete Bonne u. a.:

„Die Mitglieder der Parlamentsfraktion sind Hunde unserer Minister, diese ihrer bürgerlichen Kollegen.“

Ein Verteidiger der sozialistischen Minister erklärte: Wir haben unsere Genossen in das Ministerium gefandt, damit man uns nicht bormittelt, daß wir die Regierung von hinten überfallen wollen. Wir haben Guedes und Sembat als Geiseln in die Regierung gefandt und können von ihnen nicht fordern, daß sie die Regierung vorwärts-treiben.

Der Abgeordnete Mahelkraß erklärte, daß die Hauptführer die parlamentarische Fraktion terrorisieren. Sembat verhöre sie.

Er habe die Fälle der Erschießung der russischen Kriegsfreiwilligen gekannt und nichts unternommen. Das soll nicht betrogen, die Partei verhöhnt und entehrt (Von sohdvo do lo dshonoreo) . . . Das darf weiter nicht so bleiben. Die Föderation kann es bald erleben, daß ein gewisser Teil der Genossen die Disziplin brechen wird, um die Wahrheit sagen zu können, denn sie halten die Teilnahme am Ministerium für eine Schande für die Partei.

Protest gegen die französische Zensur.

Aus dem vom Komitee des Pressehandels der französischen Regierung überreichten Protest seien nach „Echo de Paris“ vom 18. Oktober folgende Punkte hervorgehoben:

Auf Befehl der Regierung sind innerhalb der letzten vierzehn Tage fünf Pariser Zeitungen beschlagnahmt und verboten worden deren ganzes Vergehen in der Veröffentlichung von Nachrichten oder Dokumenten bestand, die zur selben Zeit ungehindert von ausländischen Blättern bei uns verbreitet wurden.

Nach allen vorangegangenen Ungeschehnissen der Zensur hält das Pressehandelskomitee nicht länger mit dem Ausdruck seiner Empörung zurück. Es erscheint durchaus unerträglich, daß man einheimischen Blättern verbietet, was fremden Zeitungen erlaubt ist.

Das Gesetz muß für alle das gleiche sein: das der Freiheit. So selbstverständlich und gerechtfertigt es ist, wenn man die Presse der neutralen oder uns verbindenden Länder in ganz Frankreich ungehindert zuläßt, so unerträglich wäre es, wollte unsere eigene Regierung hiermit ein Nachrichtenmonopol (für die fremde Presse) schaffen, zum Schaden der einheimischen.

In dem hohen Bewußtsein, vom ersten Tage des Krieges an voll Würde und Energie die nationalen Interessen verteidigt zu haben, erneuert daher die französische Presse ihren lauten Protest gegen die Ungeschehnisse und die Willkür der Zensurbehörden und erklärt feierlich ihren Entschluß, nicht länger die Gewalttate einiger Weniger, die sich hinter dem Rücken der Staatsgewalt bergen, ertragen zu wollen.

Unter den Unterschriften befinden sich die Namen von: Stephen Pichon, Ernest Judet, Henry Wörenger, Artur Meyer, Henry Simond, Adolphe Brisson u. a.

Todesurteile in Belgien.

Brüssel, 18. Oktober. (W. T. V.) Durch Feldgerichtliches Urteil vom 9. Oktober 1915 sind in Brüssel wegen Kriegsverrats verurteilt worden: Fünf Personen zum Tode, vier Personen zu je 15 Jahren Zuchthaus, eine Person zu zehn Jahren Zuchthaus, sieben weitere Beschuldigte sind von der Anklage des Kriegsverrats freigesprochen. Gegen einen Belgier und eine Engländerin ist das Todesurteil bereits vollstreckt worden. Die zum Tode verurteilten Personen haben nach eigenem Geständnis viele Monate hindurch, die vorgenannte Engländerin während neun Monaten, mitgewirkt, verprengte englische und französische Offiziere und Soldaten sowie wehrfähige Franzosen und Belgier nach Holland zu befördern, damit sie sich dem Heere unserer Feinde anschließen konnten. Die Verurteilten bildeten eine wohlorganisierte Gesellschaft, die trotz der wiederholten Warnungen des Generalgouverneurs mit verteilten Rollen etappenweise im großen Stille die Anwerbung und Zuführung Wehrfähiger für die feindliche Armee betrieben haben.

Italienische Anleihe in Amerika.

Nach der englisch-französischen Anleihe (von 500 Millionen Dollar) in Amerika tritt nun auch Italien dort als Geldleiher auf. Das Reutersche Bureau meldet aus New York: Die Firma Lee Higginson wurde von der italienischen Regierung mit der Unterbringung einer einjährigen Anleihe von fünfundsanzig Millionen Dollar zur Deckung der Ankaufe und Stabilisierung des Wechselkurses beauftragt. Wie verlautet, werden die Obligationen mit sechs Prozent verzinst werden.

Dumbas Verteidigung.

München, 18. Oktober. Die „Münchener Zeitung“ veröffentlicht einen „Dr. Dumbas Verteidigung“ betitelten Artikel, in dem ein Brief des österreichisch-ungarischen Botschafters Dr. Dumba an den Staatssekretär Lanjing behandelt wird. In dem Briefe heißt es: Da der österreichisch-ungarische Botschafter in Washington sich seit Monaten in der phänomenalen Lage befindet, überhaupt nicht mit seiner Regierung privatim verkehren zu können, während unsere Feinde jetzt immer die Erlaubnis haben, alle Kabel ohne Zensur für ihre geheimen Chiffredepeschen zu benutzen, habe ich jetzt von Ihrem Ministerium gnädig die Erlaubnis bekommen, durch die deutsche Botschaft mit meiner Regierung in Verbindung zu treten, aber nur soweit, daß ich um Urlaub nachsuchen dürfte, um meiner Regierung meine Haltung zu erklären. Es ist mir nicht erlaubt worden, meiner Regierung mitzuteilen, daß ich durchaus nicht absche, jemals gegen die Gesetze des Landes, bei dem ich akkreditiert bin, verstoßen zu haben oder die Gastfreundschaft, die man mir bot, verletzen zu haben. Die Depesche, mit der ich meiner Regierung dies mitteilte, wurde von Ihrem Zensur nicht zugelassen; dagegen wurde aber meine vertrauliche Depesche an meine Regierung sonderbarer Weise der amerikanischen Presse mitgeteilt und von ihr veröffentlicht.

Ich nehme mir die Freiheit, Ihnen mitzuteilen, weshalb ich dem österreichisch-ungarischen Auswärtigen Ams den Brief vom 21. August durch Herrn Archibald Schidte, der die Veranlassung zu der Mitteilung Guerer Erzellenz an das Auswärtige Amt war. Ich erhielt von meiner Regierung Befehl, die hier anhängigen Landsteuere auf den § 327 unseres Militär-Strafgesetzbuches aufmerksam zu machen, wonach die Beteiligung an Munitionsherstellung für feindliche Länder schwer, unter Umständen sogar mit dem Tode bestraft wird. Meine Regierung war der Ansicht, daß die in Amerika lebenden Bürger dasselbe Pflichtgefühl zeigen müssen wie die zu Hause, und wenn Umstände sie verhindern, in die Heimat zurückzukehren und gegen den Feind zu kämpfen, wäre das wenigste, was von ihnen zu fordern sei, daß sie nicht für den Erfolg des Feindes tätig sind, indem sie die Waffen für die Tötung ihrer Brüder herstellen helfen. Infolgedessen wurde ich von meiner Regierung instruiert, jedes passende Mittel anzuwenden, um unsere Landsleute davor zu bewahren, daß sie dieses Verbrechen begehen.

Zu der Zeit, wo Guere Erzellenz die Klage gegen mich veröffentlichten, hatte ich überhaupt noch gar keine Gelegenheit gehabt, irgend etwas zu tun, um die Instruktion meiner Regierung auszuführen, und hatte selbstverständlich auch nicht im entferntesten die Absicht, das in einer Weise zu tun, die gegen die amerikanischen Gesetze verstößt oder gegen die Gastfreundschaft. Ich behaupte nochmals respektvoll, daß in dem bei Archibald gefundenen Briefe nichts ist, was so ausgelegt werden könnte, als ob ich gesetzwidrige Absichten gehabt hätte. Der einzige Vorschlag, den ich meinem Auswärtigen Amt unterbreitete, war, daß eine Proklamation an unsere Landsleute erlassen wird, daß diese Proklamation in den Munitionsfabriken, wo Landsleute arbeiten, und in den Zeitungen, die sie voraussichtlich lesen, bekanntgegeben werde, und daß einige Arbeitsnachweise errichtet werden, um den Landsleuten, die infolge des Aufruhrs die Arbeit in Munitionsfabriken aufgeben, neue Beschäftigung zu schaffen. Für diese Zwecke forderte ich insgesamt 80 000 Mark. Die geringe Höhe dieser Summe zeigt, was es mit der „ganz Amerika umfassenden Verschwörung“ auf sich hat, deren Guere Erzellenz mich bei meiner Regierung zu beschuldigen für gut fanden, ohne mich zu befragen und obwohl überhaupt noch nicht ein Pfennig für diese Propaganda ausgegeben war.

Was den Vorwurf gegen mich betrifft, daß ich einen Brief durch den Amerikaner Archibald Schidte, so muß ich die Aufmerksamkeit Guerer Erzellenz wiederholt auf die traurigen Zustände lenken, unter denen die Vertreter der Länder, die mit den Alliierten im Kriege sind, infolge der Handlungsweise ihrer Regierung sich hier befinden. Wir haben keine Gelegenheit, die Kabel zu benutzen, die unseren Gegnern völlig frei und ohne Zensur zur Verfügung stehen. Unsere einzige Verbindung mit unserer Regierung muß durch offene, ungeschützte drahtlose Depeschen geschehen, die einer so rigorosen Zensur unterworfen werden, daß zum Beispiel mein eigenes Telegramm an mein Auswärtiges Amt, worin ich eine Anfrage auf die von Guerer Erzellenz gestellte Bitte um meine Abberufung beantwortet wollte, mir von dem amerikanischen Zensur zurückgestellt wurde mit dem Bemerkten, es sei eine Verletzung der Neutralität, meine Regierung wissen zu lassen, welcher Art die Papiere wären, die die englische Regierung bei Archibald beschlagnahmt hätte, dies, obwohl die Schriftstücke selbst in allen Zeitungen in Amerika veröffentlicht werden durften.

Der Brief schließt mit Versicherungen der Hochachtung für das amerikanische Volk, das an diesen unwürdigen Zwischenfällen nicht schuld sei.

Politische Uebersicht.

Auflösung des Reichstags?

Den Vorschlag des Organs der sächsischen Konservativen „Vaterland“, den Reichstag aufzulösen, hält ebenso wie die übrige Tagespresse auch die „Deutsche Tageszeitung“ nicht für diskutabel. Aber während die liberale Presse betont, daß die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstags eine Garantie für ein einwandfreies Verhalten gegenüber den Kriegszielen der Regierung biete, spricht das Berliner konservative Organ ausdrücklich nur von äußeren Bedenken, die gegen Neuwahlen während des Krieges sprechen. Den Zweifel, daß die Friedenszielpolitik des Reichstags vor konservativen Augen bestehen könnte, scheint also auch das Organ des Abg. Dertel und des Grafen Reventlow zu teilen.

„Kriegssozialismus“.

Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ zitiert zustimmend einen Artikel der „New York Times“, in dem Deutschland als das „vollkommenste Beispiel eines im guten Sinne sozialistisch regierten Staates“ bezeichnet wird. Dem Unternehmerricht gefallen besonders die folgenden Sätze:

„Am nächsten kommt dem sozialistischen Staate, soweit er überhaupt möglich ist, das heutige Deutschland. Da ist die Gesellschaft nach dem Muster der Familie organisiert. An der Spitze steht die Regierung als der Vater, der für die Wohlfahrt seiner Kinder verantwortlich ist, der Gewalt über sie hat und sein Leben daransetzt, nach besten Kräften für seine Kinder zu sorgen.“

Nun braucht man bloß an die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Lebensmittelmärkte zu denken, um beurteilen zu können, was es mit dieser „sozialistisch-väterlichen Fürsorge“ auf sich hat. Muß doch selbst die „Arbeiter-Zeitung“ im Leitartikel der gleichen Nummer zugestehen, daß die Zustände in der Lebensmittelförderung „geradezu ungläublich“ sind, und daß man, trotzdem die Regierung einen umfassenden Apparat in Bewegung gesetzt hat, „von einer durchgreifenden Abhilfe bis zur Stunde nichts spürt“. Dieser Mangel an durchgreifender Fürsorge vernimmt wir übrigens nicht nur in der Lebensmittelförderung; auch sonst fehlt es vielfach an wirksamer Bekämpfung sozialer Kriegswirkungen; geschweige, daß man irgendwas von sozialistischen Maßnahmen sprechen könnte. Die „Arbeiter-Zeitung“ sagt trotzdem zu der Aeußerung des amerikanischen Blattes:

„Zatwäglich wird man bei unbefangener Prüfung zugeben müssen, daß in Deutschland das höchstmögliche Maß sozialistischer Fürsorge bereits erreicht ist, und daß der Krieg die Probe aufs Exempel geliefert hat. So wie es war, war es im ganzen recht! Ein Mehr wäre zweifellos gefährlich gewesen.“

Die Furcht vor stärkerer sozialer Betätigung des Staates bewegt also die „Arbeiter-Zeitung“ dazu, schon jetzt den Sozialismus für erfüllt zu halten.

Neuorientierung der Handelspolitik.

Der Ständige Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates ist zum 20. d. Mis. zu einer Sitzung nach Berlin einberufen worden, in der u. a. über die „Neuorientierung unserer Handelspolitik“ beraten werden soll. Bei der Zusammenlegung des Landwirtschaftsrates besteht kein Zweifel, daß man für eine Heraushebung der Volkswirtschaft eintreten wird, während die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Lebensmittelmärkte gerade eine Bestätigung für die Schwächen der Hochschützpolitik bilden. Der durch die Getreidebörsen künstlich gesteigerte Getreideanbau führt eben notwendig zu einer Vernachlässigung des Futtermittelanbaues, der Viehzucht und des Gartenbaues (Gemüse- und Obstzucht).

Erhöhung der Familienunterstützungen.

Eine offiziös bediente Korrespondenz schreibt: Mit Rücksicht auf die außerordentliche Steigerung fast aller Lebensmittel und die Verteuerung der Kleidung, Brennstoffe usw. ist im Reichstag der Wunsch geäußert worden, es möchten für die kommenden Wintermonate die an die Kriegsfamilien zu zahlenden Unterstützungen angemessen erhöht werden. Diesem Wunsche kann eine Verwirklichung nicht verlagert werden. Die Reichsregierung hat deshalb die Mindestsätze für die Monate November bis einschließlich April auf 15 M. für die Ehefrauen und 7,50 M. für die sonstigen unterstützungsberechtigten Personen erhöht. Dabei wird angenommen, daß die Gemeinden diese Erhöhung der Mindestsätze nicht zu einer Herabsetzung der von ihnen bisher gewährten Zuschüsse benutzen. Die Vorkaufsverbände sind darauf hingewiesen worden, daß die Erhöhung der Mindestsätze nicht eine Entlastung der Gemeinden bezweckt, daß das Ziel der Maßnahmen vielmehr nur dann erreicht wird, wenn die höheren Mindestsätze den Familien im vollen Umfang zugute kommen.“

Die Erhöhung der Unterstützung beziffert sich also auf 10 Pf. pro Tag für die Ehefrau, ein Betrag, der gar nichts bedeutet gegenüber den ganz enorm gestiegenen Preisen der Lebensmittel. Der Reichstag wird bei seinem nächsten Zusammentreten keinen Zweifel darüber lassen dürfen, daß er diese Erhöhung der Familienunterstützung als vollkommen unzulänglich betrachtet.

Das tägliche Brot.

Zum Lebensmittelwucher.

In der Parteipresse ist vor einigen Tagen die neue Eingabe abgedruckt worden, die der Parteivorstand und die Generalkommission der Gewerkschaften an den Reichskanzler gerichtet haben. Angesichts der Treiberien, die im Laufe der letzten Woche auf dem Kartoffelmarkte, in ganz besonders aufreißender Weise aber im Butterhandel festzustellen waren, sind, wie wir erfahren, Vertreter der obengenannten Körperschaften am Sonnabend auch noch bei dem Stellvertreter des Reichskanzlers, dem Staatssekretär Dr.

Delbrück, persönlich vorstellig geworden, um nachdrücklich auf den ganzen Ernst der Situation hinzuweisen und schnellstes Eingreifen zu verlangen.

Keine Erhöhung der Kartoffel-Grundpreise.

Auf dem Kartoffelmarkt werden seit einiger Zeit die Zufuhren geringer. Offenbar glauben die Besitzer von Kartoffelvorräten, daß die für Produzenten festgesetzten Grundpreise von 2,75 bis 3,05 Mark pro Zentner im Laufe der Zeit erhöht werden. Wie bestimmt versichert wird, denkt die Reichsleitung unter keinen Umständen daran, eine solche Erhöhung der Grundpreise vorzunehmen.

Eine Eingabe der Bergarbeiterverbände.

Die vier Bergarbeiterorganisationen haben unterm 11. Oktober an die Reichsregierung nachstehende gemeinsame Petition gerichtet: Die unterzeichneten Vertreter der vier Bergarbeiterorganisationen bitten die deutsche Reichsregierung, geeignete Maßnahmen zu treffen und die ärmere, schwer arbeitende Bevölkerung mit den für die Ernährung notwendigen Fleisch- und Fettwaren zu versorgen.

Begründung:

In der letzten Zeit ist das Angebot von Fleisch- und Fettwaren, die für die große Masse der ärmeren Bevölkerung in Frage kommen, sehr zurückgegangen. Zum Teil ist das eine unvermeidliche Folge des Krieges. Es werden aber offensichtlich auch aus Spekulationsgründen Waren zurückgehalten.

Mit dem Rückgang des Angebots haben die Preise für die genannten Waren eine gewaltige Steigerung erfahren.

Die ärmeren Volkskreise können sich schon jetzt zum großen Teile den Genuß von Fleisch nicht mehr gestatten. Wenn der ungünstigen Entwicklung nicht bald Einhalt geboten wird, so können sie auch keine Fettwaren mehr erwerben und verwenden. Die finanziell bessergestellten Volkskreise kaufen die vorhandenen Fleisch- und Fettwaren zu jedem Preise, weil sie nicht auf deren Genuß verzichten wollen.

Für unser Volk und unsere Volkswirtschaft hat eine solche Entwicklung die ungünstigsten Folgen. Der Mensch bedarf zu seiner Ernährung einer gewissen Menge Fett. Insbesondere muß den körperlich schwer arbeitenden Volkskreisen das zur Erzeugung der notwendigen Körperkraft notwendige unbedingt zugeführt werden. Einerseits um ihre Gesundheit nicht zu gefährden, andererseits um sie fähig zu erhalten, dauernd ihre Arbeit verrichten zu können. Die Arbeiter werden jetzt während des Krieges durchweg in einer Weise angepannt, daß sie einer kräftigen Nahrung dringend bedürfen. Ganz besonders ist das im Bergbau der Fall. Hier soll mit möglichst wenigen Kräften viel gefördert werden. Wird nicht für eine ausreichende Ernährung der Bergarbeiter gesorgt, so wird die Produktion leiden. Die Bergarbeiter müssen unter ihrer Arbeit zusammenbrechen und ist eine dauernde Schädigung ihrer Gesundheit sowie auch der Gesundheit ihrer Angehörigen zu befürchten. Diese Schäden müssen unbedingt verhindert werden.

Wir bitten deshalb um geeignete Maßnahmen, damit die vorhandenen Fleisch- und Fettvorräte nicht von den bestehenden und vielfach weniger arbeitenden Klassen in übermäßiger Weise allein verbraucht werden, sondern auch der ärmeren, schwer arbeitenden Bevölkerung das zu ihrer Ernährung und zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft notwendige Quantum zugeführt wird.

Die von der Reichsregierung angekündigten Maßnahmen betreffend Herbeischaffung billigerer Kartoffeln entheben uns der Notwendigkeit, auf diese Angelegenheit heute näher einzugehen.

Wir möchten in diesem Zusammenhang den dringenden Wunsch ausdrücken, daß die angekündigte Kartoffelversorgung möglichst schnell und zu billigen Preisen erfolgt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Verband der Bergarbeiter Deutschlands, J. A.: Ecksche. Gewerkschaften. Bergarbeiter Deutschlands, J. A.: Bogelgang. Polnische Berufsvereine, Abt. Bergarbeiter, J. A.: Rantowski. Gewerkschaft der Bergarbeiter S.-D. J. A.: Klein.

Die Organisation der Reichsprüfungsstelle.

Berlin, 18. Oktober. (W. T. V.) Heute vormittag fand die erste Sitzung des Rates der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise statt, die von dem Stellvertreter des Reichskanzlers Erzellenz Delbrück persönlich eröffnet wurde. Nach einem einleitenden Bericht über den Aufgabenkreis der Reichsprüfungsstelle, insbesondere Preisregelung, Lieferungs- und Verbrauchsregelung, wurde allseitig anerkannt, daß schnelles Eingreifen und daher sofortiges Zusammentreten der zu wählenden Ausschüsse erforderlich sei. In großen Zügen legte der Vorsitzende ein Programm für die Arbeit dieser Ausschüsse dar. Nach allgemeiner Aussprache wurden vier Ausschüsse (1. Vieh, Fleisch, Wurstwaren, Fische; 2. Milch, Butter, Käse, Eier; 3. Kartoffeln, Gemüse, Obst; 4. Kolonialwaren, Vorkost- und Teigwaren) gewählt, die schon heute und morgen ihre Tätigkeit beginnen.

Nationalliberale gegen den Lebensmittelwucher.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Nationalliberalen Partei der Rheinprovinz hat an die Hauptleitung der Partei in Berlin folgendes dringliche Ersuchen gerichtet:

„Angesichts der ungeduldeten Preistreiberien in der Lebensmittelversorgung ersuchen wir die Leitung der Nationalliberalen Partei in Berlin, sofortige Schritte zu unternehmen, zur Herbeiführung behördlicher Maßnahmen, um diesem Unwesen möglichst schnell wirksam abzuwehren. Vor allem erscheint es notwendig, durch eine dem vorzüglichen Endergebnis entsprechende Regelung der Kartoffelpreise eine ausreichende Versorgung unseres Volkes mit diesem wichtigsten Nahrungsmittel herbeizuführen.“

Letzte Nachrichten.

Will Grey zurücktreten?

Amsterdam, 18. Oktober. (W. T. V.) Der Korrespondent der „Lyd“ meldet aus London: In gut unterrichteten Kreisen versichert man, daß Grey seine Demission angeboten habe.

Italiens Mitwirkung am Balkan.

Paris, 18. Oktober. (W. T. V.) „Petit Journal“ meldet aus Rom: Auskünften aus unterrichteter diplomatischer Quelle zufolge kann die Mitwirkung Italiens im Balkan heute als völlig sicher gelten. Italien wird wahrscheinlich mit einer Marineaktion im Ägäischen Meer beginnen und an gemeinsamen Unternehmungen gegen die Küsten Bulgariens und der Türkei durch Entsendung von Kriegsschiffen und Transportschiffen teilnehmen.

Schutz der bulgarischen Küste.

Sofia, 18. Oktober. (W. T. V.) (Melbung der Bulgarischen Depesch-Agentur.) Es wird bekanntgegeben, daß an der bulgarischen Küste des Schwarzen Meeres und des Ägäischen Meeres Minen gelegt und die Leuchtfeuer ausgelöscht sind. Die Einfahrt neutraler Schiffe in den Hafen von Debragatsch wird von nun ab unter der Führung bulgarischer Lotsen erfolgen.

Gewerkschaftliches.

Lohnkürzung um die Kriegsrente.

Zimmer wieder tritt bei den Unternehmern die Tendenz zutage, den Kriegsverletzten ihre Rente auf den Lohn in Anrechnung zu bringen. Das verdient schon schärfste Zurückweisung, wenn es der einzelne Unternehmer übt, noch lauter aber muß Protest erhoben werden, wenn etwa Unternehmerverbände dahingehende Anweisungen an ihre Mitglieder ergehen lassen. Daß dies der Fall sein soll, behauptet ein Dresdener Fabrikdirektor, bei dem ein Arbeiter Beschwerde über unberechtigte Lohnkürzung führte.

Der fragliche Arbeiter, der im Kriege ein Bein eingebüßt hat und jetzt ein künstliches Bein trägt, berichtete vor dem Kriege in einer Dresdener Fabrik eine Spezialarbeit, für die es bisher nur eine kleine Anzahl Arbeitskräfte gab. Seinem früheren Arbeitgeber war es sehr lieb, den geübten Arbeiter wieder zu bekommen. Die Firma kam dem Arbeiter in der ersten Zeit mit Erleichterungen in der Arbeitszeit entgegen; damit der Verletzte sich erst an die meist im Stehen ausgeübte Tätigkeit gewöhne. Schon nach einigen Tagen ergab sich erfreulicherweise die volle Arbeitsfähigkeit des Arbeiters. Er konnte bald die regelrechte Arbeitszeit einhalten und in der Güte wie auch in der Menge dasselbe Arbeitsergebnis wie vor dem Kriege erreichen. Für die Zeit seiner Einrichtung war ihm ein um 11 M. niedrigerer Lohn, als er vor dem Kriege bezogen hatte, angesetzt worden. Während sonst in dieser Fabrik jede Einstellung der Arbeiter von dem zuständigen Betriebsabteilungsleiter vorgekommen wird, war dieser im vorliegenden Falle ausgeschaltet und die Verhandlungen über die Wiedereinstellung wurden nur vom Direktor geführt. Dabei wurde dem Arbeiter auch der Militärschein mit dem Rentenvermerk abgefordert. Nach ausdrücklicher Feststellung seiner normalen Leistungen forderte der Arbeiter nun die Zahlung des vollen vor dem Kriege bezogenen Lohnes. Es wurde ihm gesagt, daß darüber nur mit dem Direktor selbst gesprochen werden könnte. Der Arbeiter hatte nun zweimal Auseinandersetzungen mit dem Direktor, der dabei folgendes sagte:

„Wenn Sie 21 M. bekommen, haben Sie mit der Rente 44 M. die Woche und das ist doch ein schöner Lohn.“

Auf die Frage, was denn die Rente mit dem Lohne zu tun habe, es käme doch nur die Arbeitsleistung in Betracht, erklärte der Direktor:

„Kein Arbeitgeber wird die Rente auslassen bei der Lohnfestsetzung. Das will der Industrieschutzverband nicht haben.“

Da der Arbeiter die Rechtmäßigkeit solcher Entlohnung bestritt, erklärte der Direktor:

„Der Industrieschutzverband will es nicht haben, daß zu der Rente auch noch der volle Lohn bezahlt wird. Ich kann es nicht; ich komme mit dem Industrieschutzverband in Konflikt. Das ist so festgesetzt.“

Als der Arbeiter sofort seinagelte, der Industrieschutzverband verlange also, die Arbeitgeber sollten sich an den Kriegsfrühpeln bereichern, schwentte der Direktor etwas ein und sagte:

„Nun, das will ich nicht sagen. Aber kein Arbeitgeber wird Ihnen den vollen Lohn zahlen, und das muß ich auch so halten.“

Schließlich bot der Direktor 3 Mark mehr, er wollte 24 Mark Lohn geben, wobei er bemerkte:

„Dann mache ich Sie zum Vorarbeiter, damit ich es beantworten kann.“

Der Hinweis auf den Industrieschutzverband ist bei der Unterredung mehrfach gefallen und zuletzt die Aeußerung: „Ich kann nicht anders, ich gehöre dem Industrieschutzverband an.“

Der Arbeiter bedankte sich für solchen Dank an die Vaterlandsverteidiger, er kündigte und hörte wieder auf.

Aus dem Vorgange ergibt sich mit hoher Wahrscheinlichkeit, daß der Deutsche Industrieschutzverband den ihm angeschlossenen 5328 Betrieben Anweisung gegeben hat, kriegsbeschädigten Arbeitern unter allen Umständen, also auch bei voller Arbeitsfähigkeit, niedrigere Löhne zu zahlen als den anderen Arbeitern. Anscheinend, um nicht zu viel Personen in diese Methode einzuweißen, soll nur der Unternehmer bzw. der oberste Fabrikleiter selbst die beschädigten Arbeiter annehmen und deren Löhne nach der Höhe der Kriegsbeschädigtenrente festlegen. Um dieses Rentenrechnungsprinzip so gut wie möglich durchzuführen, hat der Industrieschutzverband einen eigenen Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte errichtet, obgleich er auch in bürgerlichen Kreisen und bei Staats- und Stadtbehörden damit Verdrossenheit erregte. Dieses Rentenrechnungsprinzip muß unbedingt als verwerflich angesehen werden. Die Rente soll nicht dem Unternehmer Extraprofit ermöglichen, sondern in vollem Umfange den Kriegsverletzten zugute kommen, die auf den Schlachtfeldern ihre gesunden Glieder eingebüßt haben.

Deutsches Reich.

Teuerungszulagen für die Hamburger Bäcker.

In den Hamburger Judenwarenfabriken erreichte der Verband der Bäcker durchweg eine Lohnerhöhung von 15 Proz. Die Brotfabrikanten zahlen eine wöchentliche Zulage von 2 M. Die Bäckerei „Vorwärts“, eine große Produktivgenossenschaft, zahlt nach der Kinderzahl abgestufte Teuerungszulagen von monatlich 5 bis 11 M. Die Verwaltung der Konsumgenossenschaft „Produktion“ lehnte die Zulage ab, da eine solche nicht nur den Bäckern, sondern dem gesamten Personal gezahlt werden müßte, was gegenwärtig nicht möglich sei. Der Lohn sei ohne Teuerungszulage immer noch höher, als in anderen Betrieben mit Teuerungszulage. Von den Bäckereiverbänden hatten die im Zentralverband organisierten Bäckergebäuden eine zehnprozentige Lohnerhöhung gefordert. Die Wandbäcker Zunft zahlte die 10 Prozent Zulage. Die Hamburger Zunft wollte nicht so weit gehen und hat nach einigem Verhandeln nunmehr beschlossen, den Tariflöhnen wöchentlich 2 M. zuzuschlagen.

Aus Industrie und Handel.

Englands Handelsgestaltung.

Englands Handels- und Zahlungsbilanz gestaltet sich immer ungünstiger. Es hat im gegenwärtigen Kriege infolge seiner starken Flottenmacht vor Deutschland voraus, daß es nicht vom Weltmarkt abgeschnitten ist und seine Schiffe, was es an Rohstoffen und Nahrungsmitteln gebraucht, aus allen Weltteilen heranzubolen vermögen; aber es muß durchweg für die eingeführten Waren beträchtlich höhere Preise zahlen als in früheren Jahren, und zudem hat die Ausfuhr von halb- und ganzfertigen englischen Industrieartikeln nach dem Auslande sich vermindert. Die Folge ist, daß die Einfuhr die Ausfuhr bei weitem überwiegt. England also viel mehr Geld an das Ausland, besonders an die Vereinigten Staaten von Amerika

zahlen muß, als es für die dorthin ausgeführten Waren zurück erhält. Dabei kommt in Betracht, daß die von der englischen Regierung direkt aus dem Auslande bezogenen Kriegsmaterialien und Lebensmittel für Meer und Flotte in der englischen Außenhandelsstatistik noch nicht mit enthalten sind — und diese direkt auf sog. Regierungsschiffen eingeführten Waren sind sehr beträchtlich. Nach den Schätzungen englischer Handelsblätter hat ihr Wert im letzten Quartal durchschnittlich an 10 Millionen Pfund Sterling, also mehr als 200 Millionen Mark, pro Monat betragen.

Auch die Handelsstatistik für den letzten Monat, für den September, weist wieder einen starken Einfuhrüberschuß auf. Der Wert der eingeführten Waren betrug nämlich 70,20 Millionen Pfund Sterling, der Wert der ausgeführten Waren 32,81 Millionen Pfund Sterling, sodas sich ein Einfuhrüberschuß pro September von rund 38 Millionen Pfund Sterling ergibt, falls man den Import für Meer und Marine hinzurechnet, sogar von ungefähr 48 Millionen Pfund Sterling.

Für die ganze bisherige Kriegsdauer von Anfang August 1914 bis Ende September 1915 ergibt sich bereits ein Einfuhrüberschuß (ohne Regierungseinfuhr) von 496 Millionen Pfund Sterling oder ungefähr 10 Milliarden Mark. Es hat nämlich die englische Einfuhr in den abgelaufenen 14 Kriegsmoaten betragen:

1914	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß
August	42,86 Pfd. Sterl.	24,21 Pfd. Sterl.	18,65 Pfd. Sterl.
September	45,05	26,67	18,38
Oktober	51,55	28,60	22,95
November	55,98	24,00	31,98
Dezember	67,53	26,27	41,27
1915			
Januar	67,40	28,24	39,16
Februar	65,26	26,17	39,09
März	75,59	30,17	45,23
April	73,87	32,16	41,71
Mai	71,64	33,51	38,13
Juni	76,11	33,23	42,88
Juli	75,54	34,72	40,82
August	69,49	32,43	37,06
September	70,20	32,81	37,39

Nun hat zwar England seit langem eine passive Handelsbilanz, die Einfuhr hat sich in den letzten Jahren regelmäßig um 125 bis 150 Millionen Pfund Sterling höher gestellt, als der Export; aber jetzt beträgt der Einfuhrüberschuß mehr als das Dreifache, und zudem haben die Einkünfte der englischen Bourgeoisie aus der Schifffahrt und dem im Auslande angelegten Kapital infolge des Krieges stark abgenommen.

Den Vorteil von dieser Handelsgestaltung hat freilich nicht Deutschland, sondern die nordamerikanische Union, die England nicht nur einen großen Teil seines Kriegsmaterials, sondern auch ungeheure Mengen von Nahrungsmitteln und Rohstoffen liefert. Obgleich selbst am Krieg nicht beteiligt, ist sie der eigentliche Sieger in dem großen Ringen.

Kriegsgewinne.

Die Aktiengesellschaft für Kartoffelverwertung Berlin erzielte einen Rohgewinn von 1,37 Millionen Mark gegen 1,07 Millionen Mark im Vorjahre. Nach wesentlich erhöhten Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 832.800 M. (420.670 M.), woraus 15 Proz. Dividende (gegen 12 Proz. im Vorjahre) gezahlt werden.

Die Sächsische Werkzeugmaschinenfabrik Bernward Fischer A.-G. in Chemnitz konnte ihren Gewinn von 176.660 auf 497.810 M. steigern. Die Dividende erhöht sich von 4 auf 15 Proz.

Die Einzahlungen auf die dritte Kriegsanleihe betragen bis zum 15. Oktober bereits 7576,8 Millionen Mark oder 62,8 Prozent der Gesamtanzahlung.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannte Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.
Amt Hpl., 3014.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 6. Oktober unser lieber Kollege, der Former 26645
Karl Gemperlein.
Ehre seinem Andenken!
Die Kollegen der Aluminiumgießerei K. W. O.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter
Heinrich Kliegel
im Alter von 40 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand am Montag, den 18. Oktober, auf dem Zentral-Friedhof in Buch statt.
89/3 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater
Karl Todtenhausen
am 16. Oktober nach kurzem Leiden (sanft) entschlafen ist. 148
Dies zeigt stellvertretend an im Namen der Hinterbliebenen
Wwe. Rosalie Todtenhausen.
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 20. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs in Raragahn aus statt.
Der Zug fährt 8 41 Uhr von Bahnhof Lichtenberg - Friedrichs-Feide.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 1. Oktober 1915 durch Kopfschuß unser lieber Bruder, Schwager und Onkel, der Schriftleiter
Arnold Abendroth
im 31. Lebensjahre.
Dies zeigt stellvertretend an
Reinh. Abendroth, zuzelt i. Felde
Franziska Abendroth
Albrecht Abendroth
Familie Braun. 198/1

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen
Friedrich Wolf
von der Postverwaltung.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung am Dienstag, den 19. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz - Kirchhofes, Eisenacher Straße 62 in Mariendorf, aus.
Um rege Beteiligung bei der Beerdigung des Kollegen ersucht
35/20 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 1. Oktober mein innigstgeliebter Mann, der Galtwirt 161
Paul Maiwald
Gälsler-Regiment Nr. 35
Berlin-Schöneberg, Bahnstr. 33,
im Alter von 30 Jahren.
Lagst Du in fremder Erde
zur Ruh gebietet sein,
Du wirst in meinem Herzen
doch nie vergessen sein.
Ruhe sanft!

In Freien Stunden
Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Unsere Marine
Beste 2 Pfg. Cigarette Trustfrei
Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft Dresden
bes. geschützt

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 2 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 11—2 und 5—8

Blumen- und Kranzbindererei
von Robert Meyer,
Ant. P. Gollets
Mariannenstr. 3. Tel. Hpl. 348.

Marmeladen-
Detail-Verlauf
zu Engrospreisen in Einern a 25 Pfd.
zu 35, 40 und 50 Pf. pro Pfd.
Täglicher Verkauf, solange Vorrat
reicht, von 9—12 Uhr und 2—6 Uhr
Manerstr. 2, Ecke Schützenstraße.

Jeder sein eigener Schneider!
Stiefelsohlen-Erlos, unverwundlich,
zum Selbstkaufnageln, Paar 2 M.
Hentschel & Stephan.
Dresdener Str. 80. 89/3*

Asthma
mit Quastenanföllen u. starker Verschleimung findet wirksame Hilfe durch Reichels
Echte Asthmastropfen, be-
rühmt durch ihre Wirkung. Solchliche
Erfolgsberichte. Fl. 2.50 M. Otto
Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

J. Baer
Badstr. 26 Ecke
Prinz-Allee
Herren- und Knaben-
Moden, Berufskleidung.
Elegante Paletots,
Joppen i. jed. Preislag.
Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung.
Billigste, feste Preise.

Oskar Wollburg
Trauer-Magazin
gegründet 1896
Brunnenstr. 56-57
Auf Wunsch Auswahlfertigung.
Tel. Norden 814.
Blusen von 2.90 M. an
Röcke von 4.75 M. an
Wahrfertigung in 8 Stunden

Aus der Partei.

Das Buch der Zwanzig.

Zu der in der der Sonntagsnummer abgedruckten Erklärung des Genossen Wehring erhalten wir vom Genossen Heinrich Schulz eine Zuschrift, in der er mitteilt, daß die Bezeichnung Vorkämpfer des Zentr.-Bild.-Aussch. nicht von ihm, sondern von der Verlagsanstalt herrühre.

Zustimmung zur Zimmerwalder Konferenz.

In allen Parteioorganisationen der Schweiz wird jetzt zu der Konferenz Stellung genommen und die Zustimmung zur Wiederaufnahme der internationalen Fäden ausgedrückt. So folgte unter anderen eine Parteiverammlung in Zürich folgenden Beschlusses:

Die am 9. Oktober abgehaltene Versammlung der Sozialdemokratischen Partei Zürich begrüßt den Zusammenritt der Konferenz in Zimmerwald, weil sie der Ansicht ist, daß dieses Vorgehen den Wünschen des gesamten Proletariats entspricht und weil sie in der Zusammenkunft den Keim für die Wiederherstellung der sozialdemokratischen Internationale erblickt. Sie spricht allen den Genossen, die am Zustandekommen dieser Konferenz mitgewirkt haben, ihren aufrichtigen Dank aus.

Ein Antrag, der das Bedauern ausdrückte, daß die schweizerische Geschäftsleitung sich nicht offiziell an der Konferenz beteiligte, wurde abgelehnt.

Aus Groß-Berlin.

Oktober.

Während das Auge auf allen Schmuckplätzen noch immer auf grellblühende Blumenbeete trifft und unter dem Wechsel von warmer Sonne und lauem Regen die Grasplätze und Wiesen sich noch einmal frischgrün verjüngt haben, raschelt unser Fuß wieder durch die dürren Blätter. In allen Schattierungen zwischen gelb, rot, braun und grün, in allen Verfärbungen, die uns so reizvoll erscheinen, obwohl es das Verbleichen vor dem Tode ist, liegen sie an und auf den Wegen. Im Leben sahen wir sie als grüne Laubmassen, in denen das einzelne Blatt und seine Schönheit meist unerkant verschwand; hingestreckt zeigen sie uns die oft prächtigen Umriffe, wie sie besonders die Blätter des Berg- und Spitzahorns und die Platanen bieten. Jeder Spaziergang durch den Tiergarten, den Charlottenburger Schloßgarten oder an größeren Anlagen vorbei bietet sie in Fülle. Am ehesten mag unsere Herbstfärbung dem berühmten „Indianerommer“ nahe kommen in der Kolonie Brunenwald, wo die Anpflanzung vieler ausländischer Holzgewächse auch die Palette des Herbstes bereichert. Bald löst ein Sonnenblick die bunten Gestalten erglänzen, bald verblasen sie in feuchter Luft, die sie rasch ihrer Auflösung entgegenbringt. Aber der Tod der Blätter ist ja nicht der Tod der Bäume, die sie für den „Winterfeldzug“ hinter der befestigten Rindennauer um Stamm und Ästen zurückziehen, nachdem sie vorher alle verwertbaren Stoffe aus den Blättern herausgezogen und im Innern aufgespeichert haben für bessere Zeiten. Der Blattfall ist daher kein tragisches Ereignis, wenn wir auch nicht hindern können, daß er, weil mit den Blättern auch die Sonnenstunden immer spärlicher werden, als Winterzeichen auf die Stimmung drückt, wenn er sich mit trübem Wetter gefüllt.

Dem Grafe verflücht das alles nichts. Den schmalen Grasblättern fehlt der periodische Zwang, im Herbst schlafen zu gehen. Sie verdorren unter sengender Glut und sprießen in feuchter Luft underdrossen von neuem in beliebigem Wechsel auf, und erst spät im Jahre pflegen sie unter Schnee und Frost zu vergilben, um nach der Schneeschmelze sofort wieder auszusprosseln.

Wie die Astern und Chrysanthenen auf den Schmuckplätzen, so sehen Geranien, Petunien, Phlox und andere Liebhaber des Berliner auf den Balkons tapfer ihren Blumenstolz fort. Draußen aber sind die bunten Baumblätter jetzt fast das einzige, was die Pflanzenwelt an Farben bietet; was noch blüht, ist unscheinbar klein oder unscheinbar gelb. An vielen Stellen ist auf den Aedern noch einmal der ganze Frühlingstypus mit grellrotem Mohn und Kornblumen ausgegangen. In den Wäldern hängen blaue Beeren an den Wacholdersträuchern und Büschel reifer, geflügelter Früchte an den Eichen; besonderer Aufmerksamkeit durch die Sammler haben sich aber diesmal die Eichen und Bucheckern zu erfreuen gehabt. Unter den Bäumen wuchern noch immer die Pilze in Menge. Noch nie sah man so viel Sammler in den Wäldern. Erfahrene Kenner, die stumm mit vorgebeugter Haltung ihres Weges schleichen (denn die Bewegungen eines Pilzsammlers sind andere als die eines gewöhnlichen Fußgängers) und mit gelassener Miene ihre sichere Beute in den aufschwellenden Pilzsaft stecken. Aber auch Neulinge, deren Unsicherheit und Angst vor dem Mitnehmenden verdächtigter Pilze von weitem sichtbar wird. Da hat einer seinen mühsam gesammelten Vorrat aus dem Sack geschüttelt, läßt uns herankommen und fragt uns, ob er auch nicht fehlgegriffen habe. Nach den Bildern in seinem Buche scheint ja alles zu stimmen. Aber das Buch ersetzt keine Erfahrung. Wir mußten ihm sogleich einige Pilze abfordern, deren Genuß ihn in Gefahr gebracht hätte, und wir fürchten, ihm damit auch den Appetit an dem Reste verdorben zu haben. Es gibt mehr eßbare als giftige Pilzarten um Berlin, aber leider ist gerade der giftigste, der Knollenblätterpilz, sehr häufig und durch harmlose Farbe und Gestalt irreführend. Die Mahnung, nur an der Hand erfahrener Pilzkennner zu sammeln, bis man sicher genug geworden ist, muß daher alljährlich wiederholt werden. Aber auch wer nicht hinter den Pilzen her ist, der vergesse nicht, dem scheidenden Herbst im Walde einen Besuch abzustatten, ehe dem Fall der Blätter der Fall der Schneeflocken folgt.

Dauermware.

Vor dem Hause Lindenstr. 108 hielt gestern mittag ein Wagen der städtischen Fleischvernichtungsanstalt Müdnig. Aus dem Hause trugen Arbeiter vollgepackte Körbe mit Dauermware herbei und schütteten den Inhalt in den bereitstehenden Wagen. Es waren Schlachtwürste von verschiedensten Größen, mit Fettdarm und andere Sorten, auch Salamiwürste waren darunter. Man sah auf den ersten Blick, daß es Dauermwürste war, die anscheinend schon lange lagerte. Sie stammte aus dem Würsterverhandelsgeschäft von Wilmut. Korb um Korb wurde herbeigetragen und in den Wagen entleert. Der Segen wollte gar kein Ende nehmen. Das

Publikum, das sich ansammelte, war empört und besprach die Sache. Würst könne man sich bei den hohen Preisen nicht mehr kaufen, hier werden große Mengen Würst dem Verderben preisgegeben und zur menschlichen Nahrung ungeeignet aufbewahrt. Auch die Frage wurde aufgeworfen, wieviel von der verdorbenen Würst noch verschickt worden sein mag, vielleicht gar ins Feld für unsere braven Soldaten. Und wie lange mag diese Würst überhaupt gelagert haben und welche Preise sind dabei verdient worden? Alle diese Fragen wurden erörtert, während die Arbeiter neue mit der Dauermwürst hochgepackte Körbe in den Wagen schütteten, etwa wie man Knochen hineinwirft.

Das Herz blutete einem im Leibe, als man hören mußte, daß der Wagen der Fleischvernichtungsanstalt schon zum zweiten Male vor dem Hause stand. Zuletzt mögen etwa 20 Zentner solcher verdorbenen Dauermware der Vernichtungsanstalt zugeführt worden sein. Es ist unerhört, wie manche Leute in der heutigen Zeit mit Nahrungsmitteln umspringen.

Die neuen Butterpreise.

Die Festsetzung von Höchstpreisen für Butter hat in weiten Kreisen der Bevölkerung erleichternd gewirkt, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß ein Preis von 2,80 Mark für ein Pfund Butter immer noch ein außerordentlich hoher und schwer ersehbarer ist. Aber die neue Preisfestsetzung bezieht sich nur auf beste Ware, billigere Sorten sollen entsprechend billiger verkauft werden. Es gehen uns aber Nachrichten zu, die erkennen lassen, daß die neue Verordnung zu umgehen versucht wird, indem zahlreiche Buttergeschäfte plötzlich nur eine Sorte Butter führen und diese zu 2,80 M. verkaufen. Danach muß angenommen werden, daß auch die billigeren Sorten zu 2,80 M. verkauft werden. Die betreffenden Geschäfte riskieren durch solche Manipulationen nicht nur schwere Strafen, sondern auch, daß sie geschlossen werden. Daß die Butterpreise nur für den Kleinhandel festgesetzt sind, führt dazu, daß Großhändler Preise nehmen, die ihnen gut dünken. So wird uns berichtet, daß der Konsumverein Görg von der Firma Wienstrad, Leipziger Straße, gestern um Lieferung von Butter bat. Als Preis wurde 3,13 M. pro Pfund gefordert. Auf die Verordnung des Oberkommandierenden der Marken hingewiesen, habe die Firma erklärt, daß diese Preisfestsetzung nur für den Kleinhandel, nicht aber für den Großhandel gelte. Die Annahme der Firma ist allerdings richtig und zeigt, daß die neue Verordnung ausgebeutet werden muß auch auf den Großhandel, da nur dann die an sich notwendige Preisfestsetzung wirksam durchgeführt werden kann.

40 Pf. für ein Liter Milch.

Die Königliche Domänenverwaltung Berlin-Dahlem versendet an ihre Kundschaft folgendes Zirkular:

Berlin-Dahlem, im Oktober 1915.

Unserer geehrten Kundschaft beehren wir uns hierdurch mitzuteilen, daß wir infolge der bedeutend gestiegenen Erzeugungskosten der Milch genötigt sind, den Preis für das Liter Vollmilch vom 1. November 1915 ab auf 40 Pf. zu erhöhen.

Der Verkauf erfolgt nach wie vor nur in Glasflaschen zu 1 Liter und 1/2 Liter gegen Barzahlung.

Widder mußte die Kundschaft der Domäne Dahlem 80 Pf. für den Liter Milch zahlen, ein Preis, der schon als ein recht hoher bezeichnet werden muß. Eine Preisserhöhung um 10 Pf. pro Liter muß als ganz besonders exorbitant hoch bezeichnet werden. Ein gutes Vorbild ist das grade nicht.

Dr. Pape unheilbar geisteskrank.

Der ehemalige Weihensteiner Gemeindefürsorge Dr. Pape, der wegen Lösung seines Erbes, begangen in Vangol in Siam, fast zwei Jahre im Moabitler Untersuchungsgefängnis saß, ist dieser Tage nach der städtischen Irrenanstalt Herzberge übergeführt worden. Die Untersuchungsbehörde mußte ausgehoben werden, nachdem das zuständige Medizinalkollegium ein Gutachten abgegeben hat, daß Dr. Pape an „unheilbarem Dementia praecox“ leidet. Dr. Pape, der in Siam als Rechtsanwalt auch Konsulats mit den Konsulatsbehörden hatte, war schon einmal während der Untersuchungszeit zur Beobachtung in der städtischen Irrenanstalt Buch, wo er von den Irrenärzten für völlig geistesgesund erklärt worden ist.

Ältere Leser unseres Blattes werden sich erinnern, welche Rolle Dr. Pape in Weihensee gespielt hat. Dr. Pape, der in seinem Auftreten rücksichtslos war und als Gemeindefürsorge sich einen großen Einfluß auf die Weihensteiner Verwaltungsangelegenheiten zu verschaffen gewußt hatte, widersetzte sich besonders den Wünschen der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher und erschwerte diesen ihre Aufgabe nach Kräften. Er mußte aber schließlich doch als der Besiegte das Feld räumen. Möglich ist es, daß schon damals die Keime seiner jetzigen Krankheit seine Handlungen beeinflussten.

Arbeiterbildungsschule. Heute Dienstag, den 19. Oktober, beginnt der 8. Abend umfassende Kurse über: „Die deutschen Kolonien“. Vortragender ist Genosse Ernst Däumig.

Der Vortrag findet Lindenstr. 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen, im Hörsaal der Schule statt und beginnt um 8 1/2 Uhr abends und ist gegen 10 Uhr beendet.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Im Zentralfundamt ist ein auf dem Alexanderplatz gefundenes, wahrscheinlich für den Verlierer als Andenken wertvolles, altdinisches, goldenes Gliederarmband mit hängender Geldmünze veripäet zur Abgabe gelangt. Der rechtmäßige Eigentümer kann dasselbe im Zentralfundamt des Polizeipräsidiums, Zimmer 101a, in den Dienststunden zwischen 9 und 1 Uhr in Empfang nehmen.

Die „Akademischen Unterrichtskurse für Arbeiter“, die auf ein mehr als zehnjähriges Bestehen zurückzuführen sind, verfolgen auch in diesen schweren Zeiten ihr Ziel, Männer und Frauen, die nicht mehr die Fortbildungsschule besuchen können, in den elementaren Unterrichtsfächern auszubilden. Vor allem sollen die Hörer richtig schreiben, sprechen und rechnen lernen; jedoch wird mit Rücksicht auf die Zeit mehr Gewicht auf die höheren Deutsch- und die Erdkundeunterricht gelegt. Der Unterricht wird wie bisher von Studierenden der Berliner Hochschulen erteilt.

Jeder Kurs findet wöchentlich einmal in den Abendstunden von 8-10 Uhr statt. Die Anmeldungen werden in den folgenden Unterrichtslokalen von 8 bis 10 Uhr abends entgegengenommen:

- 1. Im Zentrum: Gemeindefschule Gipsstraße 23a, nahe dem Bahnhof Börse, am 20. und 23. Oktober;
- 2. Im Zentrum: Geschäftshalle des Vereins, Dorotheenstr. 49, Quergebäude parterre, am 19. und 22. Oktober;
- 3. Im Osten: Fortbildungsschule Langestr. 31, am Schlessischen Bahnhof, am 20. und 23. Oktober;
- 4. Im Reichshaus: Realgymnasium Kaiser-Friedrich-Straße 208 bis 210, in der Nähe des Hermannplatzes, am 18. und 21. Oktober.

Am Sonnabend, den 23. Oktober, findet in der Aula Gipsstraße 23a um 8 Uhr eine allgemeine Hörerverammlung statt, in der über den Unterricht nähere Mitteilung gemacht wird. In dieser Versammlung werden auch noch Anmeldungen entgegengenommen.

Bei der Anmeldung ist eine einmalige Gebühr von 50 Pf. für den Besuch jedes Kurses sowie 30 Pf. für Lehrmittel zu entrichten.

Jede Stufe dauert ein halbes Jahr. Unterrichtsbeginn 1. November. Unterrichtsschluß Anfang März.

Martin Bendig, genannt der „Urfomische“, der in dem verflochtenen American-Theater in der Dresdener Straße seine Singszeit hatte, ist einer Schädelverletzung erlegen, die er sich bei einem Straßenunfall in Schöneberg zugezogen hatte.

Ein schwerer Straßenbahnunfall, bei welchem fünf Personen erheblich verletzt wurden, ereignete sich gestern nachmittag gegen 6 Uhr in der Friedenstraße, Ecke der Großen Frankfurter Straße. Dort fuhr ein Wagen der Pagenhofer Brauerei direkt vor dem herannden Straßenbahnwagen der Linie 168 über das Gleis. Der Brauereiwagen wurde dabei angefahren und durch den Anprall vier auf dem Vorderrand des Straßenbahnwagens sitzende Fahrgäste erheblich verletzt. Ein Herr Karl Lemischak erlitt Quetschungen am linken Fuß und Bein, der Wehrmann Juschke einen doppelten Unterarmbruch, Fritz May, ein 14jähriger Knabe, einen linksseitigen Rippenbruch, Frau Franziska Reime rechtsseitige Brustbeinquetschung und der Kutcher des Brauereiwagens August Meißner, der von dem Vorderrand gestürzt war, eine Kopfverletzung und Quetschungen beider Schultern. Die vier Zivilpersonen wurden auf ihren Wunsch in ihre Wohnungen geschafft, der Wehrmann nach einem nahen Lazarett gebracht.

kleine Nachrichten. Zwei schwere Straßenunfälle ereigneten sich am Sonntagnachmittag. An der Straßenbahnhaltestelle Schlessische Brücke wurde der 13jährige Schüler Karl Kurze beim Verlassen eines Triebwagens der Linie 19 von einem Militärawagen überfahren. Der Knabe erlitt einen Beckenbruch und innere Verletzungen und wurde nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht. — Gegen 5 Uhr nachmittag wollte am Kaufherrn Platz ein Votenjunge Karl Paz während der Fahrt einen Triebwagen der Linie D besteigen, kam dabei zu Fall und erlitt eine Gehirnerschütterung. Der Knabe wurde in bewußtlosem Zustande nach dem Reiterlazarett in Friedenau gebracht. — Für 2000 M. Schmuckstücke verlor am Sonnabendabend die Königl. Opernsängerin Frau Lilli Hofgren Waag, Eisenbahnstraße 2 zu Schöneberg. Nach einer Fahrt vom Opernhause nach dem Rheingold merkte sie, daß sie ein Kofferchen im Wagen hatte liegen lassen. Es enthielt an Schmuckstücken sechs Ringe, ein paar Perlenohrgehänge, ein Reinkiesel Armband und eine rosa Perlschleife mit Silberfingerring und ein altes goldenes Medaillon. — Für 2000 M. Leder erbeuteten Einbrecher in der Nacht zum Montag in dem Geschäft von Knoll in der Krumme Str. 54 zu Charlottenburg. Sie drangen vom Hof aus durch den Keller in den Laden ein und stahlen Sohlen und andere Lederwaren, ohne daß jemand etwas merkte. — Im Alten Veden des Spandauer Schiffahrtkanals fand man die Leiche eines neugeborenen Knaben, die ganz nackt war.

Zeugen gesucht. Diejenigen Personen, welche gesehen haben, wie am Montag, 13. September, abends 8 1/2 Uhr, am Rotbuscher Damm, in der Nähe der Pflügerstraße, ein Radfahrer von einer Autodrolsche angefahren und dadurch verletzt wurde, werden gebeten, ihre genaue Adresse an Franz Preuß, Reußln, Prinz-Handjery-Straße 30, vorn II, einzusenden.

Aus den Gemeinden.

Neuregelung der Mietbeihilfen.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung hat nach langer Debatte, in der besonders vom 8er Hausbesitzerverein die bisherige Haltlosigkeit der Mietbeihilfen nachgewiesen werden sollte, folgende Bestimmungen getroffen. Derjenige Hausbesitzer, der ein staatssteuerpflichtiges Einkommen bis zu 3000 M. versteuert, braucht dem Mieter gegenüber keinen Nachlaß gewähren, von 3000 bis 3600 M. jedoch 5 Proz., von 3600 bis 4200 M. 10 Proz., von 4200 bis 5400 M. 15 Proz., 5400 bis 6000 M. 20 Proz., über 6000 M. 25 Proz. Während bisher in jedem Falle ein Nachlaß bis zu 25 Proz. gewährt werden mußte, so wird in Zukunft der größte Teil der Vermieter nichts herablassen brauchen. Auch dem Mieter soll bei der Berechnung der bisherigen Nachlaß zugute kommen und beträgt der Höchstlaß des Mietzuschusses nicht mehr 18 M., sondern 20 M., die geringste Mietbeihilfe 5 M. Diese neue Regelung soll vom 1. Oktober ab in Kraft treten. Das Existenzminimum will man nicht erhöhen, sondern erst abwarten, wie sich die neuen Bestimmungen einwirken. Bis jetzt wurde in circa 2000 Fällen Mietunterstützung gewährt, während 126 Fälle in der Schwebe sind und eventuell das Mieteinigungsamt noch zu beschäftigen haben. An Mietbeihilfen wurden monatlich circa 15 000 M. gezahlt.

Petroleum für Heimarbeit in Reußln.

Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß für Heimarbeiter und für landwirtschaftliche Zwecke besondere Petroleumermäßigungen verteilt werden sollen. Als Verteilungsstelle ist die Hauptfeuerwache Erststraße 22/23 bestimmt worden. Alle diejenigen, die hiernach für besondere Veranschlagung bei der Petroleumverteilung in Frage kommen, wollen sich zunächst im Rathaus, Eingang Donaustraße, 1 Treppen, Zimmer 140, zwecks Ausstellung von besonderen Berechtigungsarten melden. Nachweise über die Eigenschaft als Heimarbeiter und Bescheinigungen der Hauseigentümer, daß weder Gas noch elektrischer Anschluß in der Wohnung vorhanden ist, sind im Interesse einer schnellen Abfertigung mitzubringen.

Soziales.

Kautionszurückhaltung.

Unter welcher wichtigen Vorwänden zuweilen Kautionen einbehalten werden, zeigte ein vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelter Streitfall.

Der dort Klage erhebende Gehilfe war Einkassierer im A. B. zahlungsgeschäft von Frese gewesen. Bei seinem Eintritt mußte er 150 M. Kautions hinterlegen, die als Sicherheit gegen etwaige Unterlassung dienen sollten. Das Dienstverhältnis fand dadurch eine plötzliche Auflösung, daß der Kläger zugegebenermaßen auf seinen Dienstwegen auch noch für einen anderen Kaufmann einige Quittungen mitgeföhrt hatte. Auf das Gehalt verzichtete der Gehilfe, er wollte aber wenigstens seine als Kautions dar eingezahlten 150 M. zurückhaben. Diese wurden ihm jedoch von seiten der belagten Firma vorenthalten. Die Beklagte machte in der Verhandlung geltend: sie sei durch das Verhalten des Klägers schwer geschädigt worden. A hätte dadurch, daß er noch für einen anderen Wege machte, für sie nicht viel Besuche machen können. Jede Woche, in der die Kunden nicht besucht würden, sei für die Firma verloren, denn diese kleinen Leute dächten gar nicht daran, die entgangene Wochenrate nachzuzahlen. Das Gericht betraute den Bücherrevisor Blödhorn mit der Erstattung eines Gutachtens darüber, ob der Kläger unverhältnismäßig wenig einlassiert habe oder nicht. Nach Prüfung der Bücher kam der Sachverständige zu dem Ergebnis, daß der Kläger im Verhältnis ebensoviele laisierte hatte wie sein Vorgänger und sein Nachfolger. Aus einer von Bücherrevisor eingereichten Aufstellung ging das zahlenmäßig ganz klar hervor.

Das Kaufmannsgericht verurteilte die Beklagte, dem Kläger seine Kautions und 4 Proz. Zinsen zurückzuzahlen.

Der unpünktliche Kabarettjäger.

Direktor Schreyer hatte für sein Kabarett den Sänger Fischer-Ferri gegen eine Gage von 300 M. für die Zeit vom 15. August

bis 15. September engagiert. Weil der Direktor noch verschiedene
vollständige Anordnungen hinsichtlich der baulichen Beschaffenheit des
Lokal zu erfüllen hatte, hinmüßte die Vorarbeiten erst am 28. August
beginnen. Am 5. September wurde Fischer-Ferri entlassen. Er
bekam nur die Tage vom 28. August bis 5. September bezahlt und
Klage deshalb beim Gewerbegericht auf Zahlung der vollen ver-
einbarten Gage abgichtlich des erhaltenen Teils. Die Entlassung
begründete der Beklagte damit, daß der Kläger trotz wiederholter
Verwarnung regelmäßig zu spät gekommen sei. Er habe eine halbe
Stunde vor Beginn der Vorleistung kommen sollen. Er sei aber
später gekommen. Der Kläger erklärte, von einer solchen Anordnung
wisse er nichts, er sei immer zu der Zeit erschienen, wo seine
Nummer auf dem Programm stand, so daß er pünktlich auftreten
konnte.

Das Gericht hielt durch Zungenbernehmung für festgestellt,
daß das Erscheinen des Klägers eine halbe Stunde vor Beginn der
Vorleistung angeordnet und er wegen Zuspätkommens wiederholt
verwarnet worden ist. Die Entlassung sei deshalb berechtigt gewesen,
der Kläger habe also keinen Anspruch auf Bezahlung für die Zeit nach
seiner Entlassung. Die Zeit vom 15. bis 28. August müsse dem
Kläger aber bezahlt werden, denn für diese Zeit habe er dem Ver-
klagten zur Verfügung gestanden.

Nach den Ausführungen, welche die Parteien in diesem und im
vorigen Termin machten, scheint es, daß nicht die angebliche Un-
pünktlichkeit des Klägers, sondern verlegte Künstler-
eitelkeit auf beiden Seiten den eigentlichen Grund zur Ent-
lassung gegeben hat. Der Kläger Fischer-Ferri hat sich davor
gedrückt, ein von seinem Direktor Schreyer gedichtetes Lied
zu singen. Herr Schreyer stellte das unter Ausnutzung der
gegenwärtigen Jellströmung so dar: Der Kläger, der Pole
und russischer Staatsangehöriger ist, weigerte sich, ein von ihm ver-
fasstes deutsches Lied vorzutragen. Wenn er eine Strophe des Liedes
gesungen hätte, brach er ab, verbeugte sich und trug dann italienische
Lieder vor. Dagegen sagte der Kläger: Nicht weil das Lied ein
deutsches Lied war, wollte ich es nicht singen, sondern weil es ein
schlechtes Nachwerk ist, gegen dessen Vortrag sich meine Künstler-
ehre sträubt. Ich bin Opernsänger. Was der Beklagte als
italienische Lieder bezeichnet, die ich gesungen haben soll, das sind
Arien aus dem „Troubadour“ und anderen bekannten italienischen
Opern.

Gerichtszeitung.

Schuld für die Armee.

Schuldmäßige Ausführung einer Kriegslieferung hat zu
einer Anklage wegen Vergehens gegen § 329 St.-G.-B. ge-
führt, welcher besagt: Wer die mit einer Behörde geschlossenen
Lieferungsverträge über Bedürfnisse des Heeres oder der
Marine zur Zeit eines Krieges vorsätzlich nicht in der vor-
bedungenen Weise erfüllt, wird mit Gefängnis nicht unter
sechs Monaten bestraft. Dieselben Strafen finden auch gegen
die Unterlieferanten, Vermittler und Bevollmächtigten des
Lieferanten Anwendung, welche mit Kenntnis des Zweckes der
Lieferung die Nichterfüllung derselben vorsätzlich oder aus
Fahrlässigkeit verursachen.

Die vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I gestern
verhandelte Anklage richtete sich gegen den Schneider Emil Weher,
den Kaufmann Hermann Leeder und den Zuschneider Franz
John, denen die Rechtsanwälte Wolfgang Heine,
Dr. Heinemann und Hoffbach als Verteidiger zur
Seite standen. Das Vorkriegsamt des IV. Armee-Korps in Magde-
burg hatte der Firma Hartmann u. Klempner die Lieferung von
Militärdecken für die Infanterie übertragen. Die Firma H. u. K.
übertrag die Anfertigung verschiedenen Unterlieferanten, die versicherten,
daß die Herstellung der Decken ihnen ganz vertraut sei. Einer der
Unterlieferanten war die Firma Hirschfeld & Co., deren kaufmännischer
Leiter der Angekl. Leeder ist, während John dort als Zuschneider
stätigt ist. Die Firma Hirschfeld hatte die Anfertigung der Decken dem
Angeklagten Meister Weher übertragen. Zwölf der von diesem an
die Firma Hirschfeld abgelieferten Decken sind nun, wie der Ober-
meister Schanze vom Kriegsvorkriegsamt Magdeburg feststellt,
hat, schundmäßig gearbeitet und völlig unbrauchbar. Vor allen
Dingen hatten sie statt der vorgeschriebenen acht nur sechs
Knöpfe, die Aufschläge waren nicht passend und tief gelegt.
Der Angeklagte John behauptet, daß er den Angeklagten
Leeder auf die verschiedenen Mängel der Decken aufmerksam gemacht
und gelagt habe, daß es sich nicht empfehle, die Decken an Hartmann
u. Klempner abzuliefern, da sie gar nicht abnahmefähig seien. Nach
der Behauptung des John soll Leeder trotzdem angeordnet haben,
daß die Decken abgeliefert werden sollten, und John hat sie dann
auch abgeliefert. Weher behauptet, daß er Leeder gelagt habe, er
solle zunächst bei dem Vorkriegsamt anfragen, ob die Decken trotz
der mangelhaften Knöpfzahl abgenommen werden würden. John,
der der Wehler angeklagt war, soll trotz der Kenntnis von den
Mängeln schließlich doch die Ablieferung an Hartmann u. Klempner
bewerkstelligt und dabei gelagt haben, die Decken seien gut. Er soll
deshalb mitschuldig daran sein, daß die Decken schließlich in der
versuchten Verfassung an das Vorkriegsamt gegangen
sind. Ein Schaden ist nicht entstanden, da die Militärbehörde
die Decken zurückgewiesen hat. — Staatsanwalt Dr. Ortlieb
hielt alle drei Angeklagte des Vergehens gegen § 329 für über-
führt und beantragte gegen die ihn weniger belastet erscheinenden
Weher und John je sechs Monate Gefängnis, gegen
Leeder, der der Hauptthäter sei und aus Geldgewinn gehandelt
habe, ein Jahr Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust, bei so-
fortiger Verhaftung. — Die Verteidiger bestritten aus
juristischen und tatsächlichen Gründen, daß die Tatbestandsmerkmale
des § 329 St.-G.-B. vorlägen. Das Gericht verurteilte Weher zu
sechs Monaten, Leeder zu ein Jahr sechs Monaten
Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. John wegen
Wehler zum Vergehen gegen § 329 zu vier Monaten Ge-
fängnis. Wie der Vorsitzende Geh. Justizrat Lampe hervorhob,
habe die Beweisaufnahme ergeben, daß die Angeklagten auf dem
Standpunkte gestanden zu haben scheinen, für die Armee sei das
Schlechte gerade gut genug.

Leeder wurde sofort in Haft genommen.

Betrug gegen den Militäriskus.

Wegen Betrugsversuchs gegen den Militäriskus hatte sich
gestern der Vorsitzende der Fuhrwerksberufsgenossenschaft,
Fuhrunternehmer Johann Anauer, vor der ersten Strafkammer
des Landgerichts II zu verantworten.

Der Angeklagte ist Großunternehmer. Von den Mannesmann-
Mulat-Werken in Kachen bezog er einen Kraftwagen. Der Berliner
Vertreter hatte die Hoffnung, bei der ganzen Stellung, die Herr
Anauer einnimmt und der Größe seines Betriebes, durch diese erste
Lieferung in ein recht großes Geschäft hineinzukommen. Aus
diesem Grunde wurde Herr Anauer für den Kraftwagen, dessen
Normalpreis nach Auskunft des Direktors der Werke 19 500 M. ist,
ein Ausnahmepreis von 16 500 M. bewilligt, doch verpflichtete sich,
wie ebenfalls zeugeneidlich festgestellt wurde, der Angeklagte ehren-
wörtlich, seinem Dritten gegenüber den niedrigeren Preis mitzuteilen.
Nun wurde dieser Kraftwagen von der Militärbehörde in Anspruch
genommen und zur Abnahme durch die militärische Abnahme-
kommission nach Mariensfelde bestellt. Die Kommission bestand
aus einem Hauptmann und zwei Sachverständigen der
Daimler-Werke. Die Kommission hat die Instruktion, die Ab-
nahmepreise so festzustellen, daß die Vorkäufer einen Schaden möglichst
nicht erleiden und die Praxis geht dahin, daß der Ankaufspreis
festgestellt und der etwaige Abnahmewert in Abzug gebracht wird.
Der Kraftwagen war so gut wie neu und dem Angeklagten sollte
daher der volle Ankaufspreis vergütet werden. Als man ihn
nach diesem Preise fragte, gab er ihn auf 19 500 M. an. Die
Sachverständigen erklärten ihm, daß dies doch ganz un-

möglich sei, da die altrenommierten Daimler-Werke
Wagen dieser Art zu billigerem Preise liefern und
der Angeklagte sicher nicht mehr als 17 000 M. gezahlt
haben könne. Darauf erklärte er, es handle sich hier um
einen unter bestimmten Gesichtspunkten zustande gekommenen
Gelegenheitskauf und gab an, daß er ausnahmsweise
18 000 M. gezahlt habe; er habe schon an den Werken viel ver-
loren und möchte nun doch nicht auch noch an dem Wagen Verluste
haben. Der Hauptmann erwiderte: er solle ja gar keinen Verlust
erleiden, es solle ihm ja der volle Preis erstattet werden, den er
selbst gezahlt habe. Nachdem sich A. entfernt, telegraphierte der
Hauptmann an die Mulatwerke in Kachen und erhielt die Auskunft,
daß für den Wagen nicht 19 500 M., sondern nur 16 500 M. be-
zahlt worden seien. Darauf beruht die Anklage. Der Angeklagte
wies jede betrügerische Absicht und jeden Verheerungszweck
weit von sich und behauptete, daß er sich lediglich von seiner ehren-
wörtlichen Zusicherung habe leiten lassen, keinem Dritten den
wirklich bezahlten Preis zu nennen. Der Staatsanwalt be-
antragte die vier Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Justiz-
rat Dr. v. Gordon beantragte die Freisprechung. Das
Gericht hielt den Tatbestand im Sinne der Anklage für erwiesen
und verurteilte den Angeklagten zu 2000 M. Geldstrafe, wobei
er dessen sonstige tadellose Lebenshaltung und seine vielfach be-
fundete große Beteiligung an der Kriegsfürsorge berücksichtigte.

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück. Auf 'ge sehr starken Nebels über-
fuhr am Sonntag auf dem Bahnhof Trebsa (Ostpreußen) ein
Rangierzug das Halbesignal für Rangierzüge und stieß infolge-
dessen mit der Maschine des einfahrenden Güterzuges 6788 zu-
sammen. Der Zugführer und ein Schaffner dieses Zuges
wurden schwer verletzt. Der Zugführer ist inzwischen
seinen Verletzungen erlegen. Die Rangiermaschine und
zehn Güterwagen vom Güterzuge 6788 entgleisten und wurden zum
Teil schwer beschädigt.

Ein Ehepaar ermordet. Eine schwere Bluttat wird aus
München gemeldet: Der 46 Jahre alte Hausbesitzer
Kasper in Olshitz lockte mit seinem 18jährigen Sohn den
Grundbesitzer Koczil in einen Stall, die beiden schlugen Koczil
mit einer Hacke in der Brust und töteten ihn. Darauf
überfielen sie die Frau des Grundbesitzers, ermordeten sie gleich-
falls und raubten dann einen größeren Geldbetrag. Die Mörder
sind verhaftet.

Ein Stadverordneter als Heilspolsträuber. Die Strafkammer
in Essen verurteilte den Oberbrieftträger und Stadiver-
ordneter von Wenden aus Reitivia an der Ruhr wegen
Verausgabung von Heilsendungen zu fünf Monaten Gefäng-
nis. Außerdem wurde ihm die Fähigkeit, ein öffentliches Amt
zu bekleiden, auf drei Jahre abgesprochen. Der Angeklagte stand
32 Jahre im Postdienst.

Vier Banknotenfälscher verhaftet. Die Münchener Polizei
verhaftete die Lehrerswitwe Marie Wucher und den Inhaber
eines Münchener Theaterverlags Reindl wegen Veräußerung,
die Photochemographen Hans und Anton Winkler aus Augsburg
wegen Nachahmung von fünfzig- und zweimark-
scheinen. Die Brüder Winkler, die bereits wegen Banknoten-
fälschung und auch wegen Sittlichkeitsvergehen verurteilt sind,
begingen im Untersuchungsgefängnis einen Selbstmordversuch.

Verhaftung eines Theaterdirektors. Geheimrat Max
Richard, der bisherige Direktor des Hallschen Stadttheaters
und jetzige Direktor des Königsberger Stadttheaters, wurde, wie
aus Halle berichtet wird, gemeinsam mit der Gattin eines Halle-
schen Fabrikbesitzers wegen Verbrechen gegen das leibliche Leben
in Halle verhaftet.

Unwetterkatastrophe in Frankreich. Laut einer Pariser Meldung
aus Verqueux wurde die Dordogne von einem schweren Unwetter
heimgesucht. In manchen Gegenden wurden die Dächer mehrerer
Häuser vom Sturm abgedeckt oder davongetragen. Viele
Personen sind unter den Trümmern eingestürzt
Häuser begraben. Vögel wurden in reißende Flüsse ver-
wandelt. Mehrere Ortschaften wurden überschwemmt.

Dierzehn Arbeiter erstickt. Im Schwefelbergwerk von Grand-
trabia auf Sizilien erstickten vierzehn Arbeiter an giftigen Gasen
infolge eines Grubenbrandes.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 356 der preussischen Armee enthält
Verluste folgender Truppenteile: Reitendes Feldjägerkorps. In-
fanterie usw.: Garde: 1. und 2. Garde-Reserve-Regiment. Gren-
adier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5,
6, 7, 10, 12, 18, 28, 30, 33 (s. Jäger-Bat. Nr. 1), 34, 35, 37, 41
bis einschl. 45, 48, 49, 50, 51, 53, 58, 61, 63, 64, 68, 67, 69, 70, 72,
75, 78, 80, 82, 84, 86 (s. Inf.-Reg. Nr. 63), 87, 89, 93, 94, 95,
97, 99, 110, 111, 112, 113 (s. auch Res.-Inf.-Reg. Nr. 79), 114, 115,
116, 129, 136, 141, 143, 148 bis einschl. 152, 154 (s. Feldflieger-
truppe), 157, 159, 160, 164, 165, 167, 168. Reserve-Infanterie-
Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 7, 8, 17, 20, 22, 23, 29, 34, 45, 52,
59, 61, 65, 67, 72, 77, 79, 87, 88, 92, 116, 180, 258 (s. Jäger-Bat.
Nr. 2). Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 29. Landwehr-Infanterie-
Regimenter Nr. 2, 3, 6, 7, 8, 11, 17, 18, 28, 31, 34, 39, 46,
48, 49, 51, 53, 57, 60, 66, 72, 73, 75, 76, 77, 87 (s. Res.-Inf.-Reg.
Nr. 17), 93, 109, 116. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regimenter
Nr. 1 und 2. Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 58, 52, 54 (alle drei
s. Erf.-Inf.-Reg. Nr. 29). Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillone
Nr. 31 (s. Landw.-Erf.-Inf.-Reg. Nr. 2) und 27 (s. Landw.-Erf.-
Inf.-Reg. Nr. 1). Ueberplanmäßiges Landwehr-Infanterie-
Bataillon Nr. 5 des 4. Armee-Korps (s. Landw.-Inf.-Reg. 17). 3. Land-
sturm-Infanterie-Bataillon Tilsit (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 25).
Jäger-Bataillone Nr. 2, 4, 6; Reserve-Bataillone Nr. 21). Rad-
fahrer-Kompagnie Nr. 76. Garde-Maschinengewehr-Abteilung
Nr. 2; Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 5 und 6; Feld-Ma-
schinengewehr-Zug Nr. 247; Festungs-Maschinengewehr-Abteilung
Nr. 24 Weh.

Kavallerie: Regiment der Garde du Corps, Kürassiere Nr. 6;
Schwere Reserve-Reiter Nr. 1; Dragoner Nr. 1, 7, 15, 16; Husaren
Nr. 7; Ulanen Nr. 2, 7, 8, 9, 16; Jäger zu Pferde Nr. 8 und 13;
Kavallerie-Regiment Nr. 86; 2. Landwehr-Eskadron des 8. und
1. des 17. Armee-Korps (letzte s. Kav.-Reg. Nr. 86).

Feldartillerie: Regiment Nr. 1, 2, 11, 30, 41, 47, 57, 60, 62,
63, 67, 72, 79, 81, 99, 213; Reserve-Regimenter Nr. 7, 18, 48,
49, 62, 63; Feldartillerie-Abteilung Nr. 281; 2. Landsturm-
Batterie des 18. Armee-Korps.

Fußartillerie: 1. Garde-Reserve-Regiment; Regiment Nr. 3,
6, 10, 11, 14 (s. Feldfliegertruppe), 20; Reserve-Regimenter Nr. 1,
2, 3, 4, 5, 11, 15, 16, 20; Ersatz-Bataillon Nr. 22; Landwehr-
Bataillon Nr. 6. Grabkanonen-Abteilung Nr. 4 (s. Fuhrart.-Reg.
Nr. 3).

Pioniere: Regiment Nr. 20 und 25; Bataillone: II. Nr. 2,
I. Nr. 6, II. Nr. 8, I. Nr. 10, II. Nr. 14, I. Nr. 15, I. Nr. 27,
I. Nr. 28; Kompagnien Nr. 206, 246, 247, 250; Reserve-Kom-
pagnien Nr. 50, 52, 55, 76, 85. Scheinwerfer-Zug Nr. 209. Leichte
Minenwerfer-Abteilung Nr. 281.

Verlehrsgruppen: Reserve-Eisenbahnbau-Kompagnie Nr. 20.
Festungs-Eisenbahn-Betriebskompagnie Nr. 4. Etappen-Tele-
graphen-Direktion der Armeeabteilung b. Strang. Feldluftschiffer-
und Feldfliegertruppe. Kraftwagenkolonne Nr. 5 der Etappen-
Inspektion der 11. Armee; Kavallerie-Vorkraftwagenkolonne Nr. 5;
Etappen-Kraftwagenkolonne Nr. 1; Etappen-Kraftwagenpark Nr. 7,
10 und 11.

Train: Reserve-Divisions-Brückenrain Nr. 50. Probiant-
kolonne Nr. 2 der 22. Infanterie-Division; Leichte Probiant-
kolonne Nr. 1 der Landwehr-Division v. Wredow. Magazin-Fuhrpar-
kolonne Nr. 25 und Magazin-Fuhrparkolonne Nr. 40 der Bug-
armee. Fleisch-Kraftwagenkolonne Nr. 6 des 7. Armee-Korps.
Wferbedepot Nr. 2 des 21. Armee-Korps.

Munitionskolonnen: Infanterie-Munitionskolonnen Nr. 1 des
1. Armee-Korps und Infanterie-Munitionskolonnen der 105. In-
fanterie-Division. Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 1 des 3.,
Nr. 8 des 14., Nr. 4 des 17. und Nr. 1 des 21. Armee-Korps; Reserve-
Artillerie- (F) Munitionskolonnen Nr. 54 des 22., Nr. 56 des 23.
und Nr. 94 des 40. Reserve-Korps; Fuhrartillerie-Munitionskolonnen
Nr. 4 des 5. und Nr. 211 des 12. Reserve-Korps; Reserve-Fuhr-
artillerie-Munitionskolonnen Nr. 2 der 50. Reserve-Division;
Festungs-Fuhrartillerie-Munitionskolonnen Nr. 5 des 10. Reserve-
Korps. Etappen-Munitionskolonnen Nr. 180 und Nr. 144 der Bug-
armee; Leichte Etappen-Munitionskolonnen Nr. 303.

Sanitäts-Formationen: Reserve-Sanitäts-Kompagnie Nr. 43
der 43. Reserve-Division; Landwehr-Sanitäts-Kompagnie Nr. 5
des 8. und Nr. 28 des 18. Reserve-Korps. Feldlazarett Nr. 4 des
8. Armee-Korps; Reserve-Lazarett Ostrowo.
Armierungsbataillone.

Der Schluss der bayerischen Verlustliste Nr. 227 bringt
Verluste der Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 4, 5, 6, 7, 8,
10, 11, 12, 17, 21, 23; Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 4,
6, 8, 10, 12, 15; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 1, 3, 7, 8, 9, 12;
Landsturm-Infanterie-Bataillone: Augsburg II, Riffingen,
Mindelheim, Mittelfranken, Passau I, Weisheim; Gebauerges-
Regimenter: 7. Straubing, 8. Dillingen; 10. und 12. Feldartillerie-
Regiment; Gebirgs-Kanonen-Batterie Nr. 10; Reserve-Feld-
artillerie-Regimenter Nr. 1, 6, 9; Ersatz-Feldartillerie-Regiment;
1. und 2. Fuhrartillerie-Regiment; Reserve-Fuhrartillerie-Regi-
menter Nr. 1, 2; Fuhrartillerie-Batterie Nr. 881; Pionier-Regi-
ment; 3. Pionier-Bat. Ingolstadt; Reserve-Pionier-Bataillone
Nr. 2, 3; Reserve-Pionier-Kompagnie Nr. 17; 1. Landwehr-
Pionier-Kompagnie, 1. Armee-Korps; Militär-Eisenbahn-Direk-
tion II; Landsturm-Eisenbahnbau-Kompagnie 1; Reserve-Fuhr-
artillerie-Munitionskolonnen 8; Bau-Direktion 6; Etappen-Sani-
täts-Depot 6; Verichtungen zu den Verlustlisten Nr. 1 mit 165
(Vermihte).

Die sächsische Verlustliste Nr. 208 enthält Verluste der
Infanterie-Regimenter Nr. 101, 134, 139, 182; Reserve-Infanterie-
Regiment Nr. 133; Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 26.

Parteiveranstaltungen.

Vierter Wahlkreis. Jugendsektion. Am Mittwoch, den
20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Andreas-Festhallen, Andreas-
straße 21, eine Versammlung der jungen Mitglieder des Wahlkreises im
Alter von 18-21 Jahren statt. 1. Vortrag des Genossen Eichhorn über
die Balkanländer. 2. Diskussion.

Sechster Wahlkreis. Jugendabteilung. Die Versamm-
lungen der jugendlichen Mitglieder finden am Mittwoch, den 20. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr, in nachstehenden Lokalen statt: Straß, Schönhauser
Allee 134a, und Kerstin, Bankstr. 60.

Referenten sind die Genossen Dr. Diederich und B. Voegel. Die
jugendlichen Genossen der Stadtteile Rosenthal, Wedding und des Gesund-
brunnens beteiligen sich an der Versammlung bei Kerstin, Bankstr. 60.

Der Vorstand.
Neuntes. Die außerordentliche Generalversammlung findet am
Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den Passagen-Festhallen statt.
Die Versammlung der Jugendsektion fällt an diesem Tage aus.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Schwabau. Dienstag, 19. Oktober, abends 7 Uhr, im Rathaus.
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeglieder ist be-
rechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Licht und Schatten. Nr. 2. 25 Pf. — Verlag: Berlin W. 9.
Mieland. Nr. 29. 30 Pf. — Verlag: Berlin W. 9.
Der Neue Merkur. Monatschrift für geistiges Leben. September-
heft. 1.50 M. — G. Müller, Wilmersdorf.

Erfahrungen und Anregungen zu einer Kopfseh-Invaliden-
fürsorge. Von Dr. B. Poppelreuter. 1.50 M. — Gustav Fischer, Jena-
wieb a. H.

Zeit-Ges. Ein Kriegstagebuch der Künstler. Heft 22 und 23/24
Eingeliefert 50 Pf. — Graphik-Verlag, München.
Die kleine Welt. Tizoler Dorfgeschichten von R. Greinz. 4 M.,
geb. 5 M. — L. Staackmann, Leipzig.

Der heilige Krieg. Kriegskarte für die Balkanländer. — 1 M. —
D. Gullig, Wilmersdorf.

Stuttgarter Reisekarten. Nr. 41: Riew-Obera. Nr. 42:
Zedisch-Bulgarisches Grenzgebiet. Einzelnummer 25 Pf. — Franck,
Stuttgart.

Eingegangene Druckschriften.

Die Hohenzollern und die Schule. Von Dr. G. Weidemann.
2 M. — Für den Lebensweg! Der deutschen Jugend bei der Entlassung
aus der Schule. Von Dr. G. Weidemann. 40 Pf. — Buchhandlung des
Balkanlandes in Halle a. S.

Die Physiologie und Hygiene der Ernährung. Von Prof.
G. Griesbach. 1.50 M., geb. 2.40 M. Folge u. Wahl, Dresden.

Treue ist die Erde? Von W. Brunner. Kart. 50 Pf. S. G.
Leubner, Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende 8, IV. Hof
rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend
von 5 bis 6 Uhr statt. Neben für den Briefkasten bestimmten Anträge
ist ein Buchstabe und eine Post als Wechselzeichen beizufügen. Briefliche
Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abdomentheilung
beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der
Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und bergischen bringe man in die
Sprechstunde mit.

H. G. 333. Es handelt sich in diesem Falle um die staatliche
Unfallversicherung. Wenn Sie durch die Kriegsverflechtung nur noch bis zu
33 1/2 Prozent erwerbsfähig erachtet werden, haben Sie auf Grund
Ihrer geltenden Unfallversicherung Anspruch auf Rente. Die Rente wird
von der Landesversicherungsanstalt gezahlt, nicht von der Militärbehörde.

H. G. 86. 1. Ja, 2. Lassen Sie die Sache durch die Steuerbehörde
regeln, von der Ihre Frau die Unterstützung bezieht. — G. 85. Ja.
Wenn das Vermögen nicht erheblich ist, ist es ohne Einfluss auf die Unter-
stützung. — H. G. 40. Die Kreisärzte, Kasernenärzte nicht. Als Behörde
kommt das Bezirkskommando in Betracht. — H. G. 78. 1. Wenn nicht
ein sehr dringender Anlass vorliegt, wird Urlaub nicht gemährt werden.
2. Unrecht am Sterbepad besteht nur dann, wenn der Tod innerhalb drei
Wochen nach Austritt aus der Krankenliste erfolgt ist. 3. Wenden Sie sich
an die für Ihren Bezirk zuständige Hilfskommission des Nationalen Heeres-
dienstes. — G. 100. Da der Sachverhalt aus Ihrem Schreiben nicht
recht verständlich ist, so möchten Sie schon zu uns in die Sprechstunde
kommen. Es würde sich aber empfehlen, zunächst abzuwarten, ob Ihr Antrag
auf Unterstützung und in welcher Höhe er genehmigt wird. — A. 1. Nein.

— Niederbarnum 76. Das von der Kasse zu viel erhaltene Krankengeld
muss an diese zurückgezahlt werden. Auf Antrag wird die Kasse sicher damit
einverstanden sein, daß es in Raten abgetragen wird. — B. 24. 46.
Den Reisepreisvertrag ohne weiteres zu lösen, können wir Ihnen nicht raten.
Sie möchten beim Amtsgericht auf Lösung des Vertrages klagen. Es würde
sich aber doch in diesem Falle empfehlen, der Ortspolizei von diesem Uebel-
stand Mitteilung zu machen, die auf jeden Fall auf eine Minderung dieses
Zustandes dringen muss. — H. G. 37. Wenn das Prädikat nicht als An-
gestaltete der Firma den Auftrag entgegengenommen hat, können Sie gegen
die Firma nichts unternehmen. Das möchten Sie zunächst feststellen. Es
bleibe dann nur die Klage entweder gegen die Firma oder gegen das
Prädikat übrig. — August 17. 1. Nein. Sie müssen den vollen Betrag
für das Prädikat an die Firma zahlen. 2. Nein. 3. Sie sind nicht ver-
sicherungspflichtig. Beschäftigung bei geringem Verdienst können Sie trotz-
dem ausüben. — Gerrard 1885. 1. Wenn die Mitgliedschaft in der
Krankenliste nicht fortgesetzt ist, besteht in Ihrem Falle kein
Anspruch auf Sterbegeld. 2. Fragen Sie auf dem Krankenschein-
bureau nach. 3. Die über drei Monate nach dem Tode
hinaus gezahlte Unterstützung wird von der Rente in Abrechnung gebracht.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis
Mitte-November. Selbstverleumdung aufklären, aber noch kühl und über-
wiegend bewölkt oder neblig; nirgends erhebliche Niederschläge.